Ausfüllhilfe für das LEADER-Antragsformular

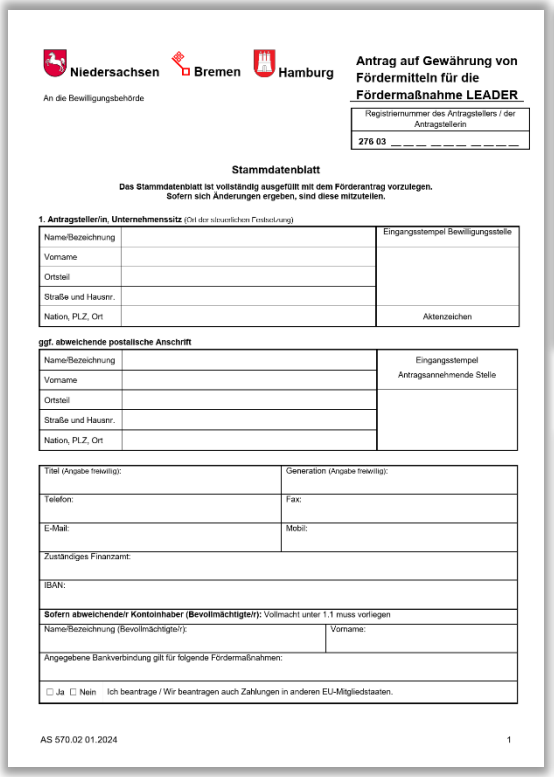
(Stand: August 2026)

LEADER-Region Göttinger Land, Förderperiode 2023-2027 (KLARA)

Niedersachsen | Bremen | Hamburg

KLARA 2023–2027

Klima | Landwirtschaft | Artenvielfalt
regionale Akteur:innen



Niedersachsen Bremen Hamburg

An die Bewilligungsbehörde

Antrag auf Gewährung von Fördermitteln für die Fördermaßnahme LEADER

Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin

276 03 __ __ __ __ __ __ __ __ __

Stammdatenblatt

Das Stammdatenblatt ist vollständig ausgefüllt mit dem Förderantrag vorzulegen. Sofern sich Änderungen ergeben, sind diese mitzuteilen.

1. Antragsteller/in, Unternehmenssitz (Ort der steuerlichen Ansässigkeit)

Name/Bezeichnung		Eingangsstempel Bewilligungsstelle
Vorname		
Ortsteil		
Straße und Hausnr.		
Nation, PLZ, Ort		Aktenzeichen

ggf. abweichende postalische Anschrift

Name/Bezeichnung		Eingangsstempel Antragsannehmende Stelle
Vorname		
Ortsteil		
Straße und Hausnr.		
Nation, PLZ, Ort		

Titel (Angabe freiwillig):	Generation (Angabe freiwillig):
Telefon:	Fax:
E-Mail:	Mobil:
Zuständiges Finanzamt:	
IBAN:	
Sofern abweichende/r Kontoinhaber (Bevollmächtigte/r): Vollmacht unter 1.1 muss vorliegen	
Name/Bezeichnung (Bevollmächtigte/r):	Vorname:
Angegebene Bankverbindung gilt für folgende Fördermaßnahmen:	
☐ Ja ☐ Nein Ich beantrage / Wir beantragen auch Zahlungen in anderen EU-Mitgliedstaaten.	

AS 570.02 01.2024 1

Dieses Dokument stellt eine Ausfüllhilfe für den Förderantrag auf Gewährung von Fördermitteln für die Fördermaßnahme LEADER dar.
Bitte füllen Sie den Antrag entsprechend aus und wenden Sie sich bei Fragen an Ihre Ansprechpartner*innen beim Regionalmanagement.

Das Antragsformular finden Sie HIER zum Download.

Bitte beachten Sie: Um den Antrag stellen zu können, muss die LAG Göttinger Land zuvor Ihr Projekt beschlossen haben. Sollten Sie diese Hürde noch nicht genommen haben, wenden Sie sich bitte an das Regionalmanagement!

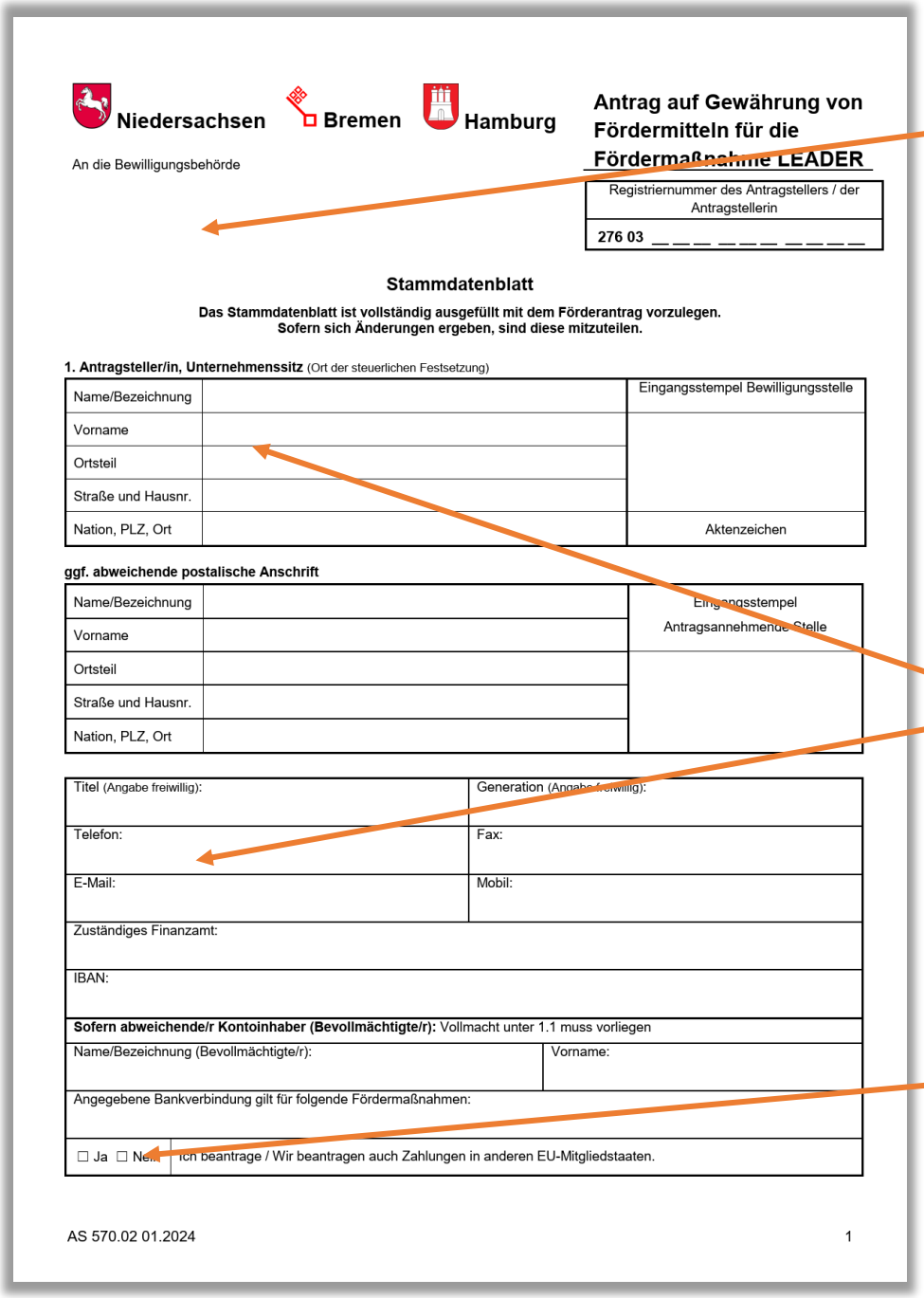
Zum Antragsweg:

Bitte füllen Sie den Antrag mit Hilfe dieses Dokumentes aus. Bei Fragen wenden Sie sich an das Regionalmanagement.
Senden Sie den Antrag für die **Korrekturschleife per Mail** an das Regionalmanagement (bitte an alle drei Mail-Adressen). Hier wird der Antrag gegengelesen und eventuelle Anpassungsbedarfe zurückgemeldet.
Erst, wenn diese Korrekturschleife abgeschlossen ist:
Senden Sie den Antrag **ausgedruckt**, im Original **unterschrieben** und inklusive aller Anlagen postalisch an das Regionalmanagement oder bringen Sie ihn vorbei.
Das **Regionalmanagement fügt dem Antrag Unterlagen bei** und übersendet ihn an die Bewilligungsbehörde, das Amt für regionale Landesentwicklung (ArL).
Bei weiteren Fragen meldet sich dann der Ansprechpartner beim ArL bei Ihnen.

Ihre Ansprechpartner*innen beim Regionalmanagement:

Michael Glatthaar
glatthaar@landkreisgoettingen.de / 0551 525 3678
Sven Martens
martens@landkreisgoettingen.de / 0551 525 2443

LEADER Regionalmanagement Göttinger Land
M. Glatthaar / S. Martens
Landkreis Göttingen - Referat 05
Reinhäuser Landstraße 4
37083 Göttingen



Niedersachsen Bremen Hamburg

Antrag auf Gewährung von Fördermitteln für die Fördermaßnahme LEADER

An die Bewilligungsbehörde

Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin
276 03 _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

Stammdatenblatt

Das Stammdatenblatt ist vollständig ausgefüllt mit dem Förderantrag vorzulegen. Sofern sich Änderungen ergeben, sind diese mitzuteilen.

1. Antragsteller/in, Unternehmenssitz (Ort der steuerlichen Festsetzung)

Name/Bezeichnung		Eingangsstempel Bewilligungsstelle
Vorname		
Ortsteil		
Straße und Hausnr.		
Nation, PLZ, Ort		Aktenzeichen

ggf. abweichende postalische Anschrift

Name/Bezeichnung		Eingangsstempel Antragsannehmende Stelle
Vorname		
Ortsteil		
Straße und Hausnr.		
Nation, PLZ, Ort		

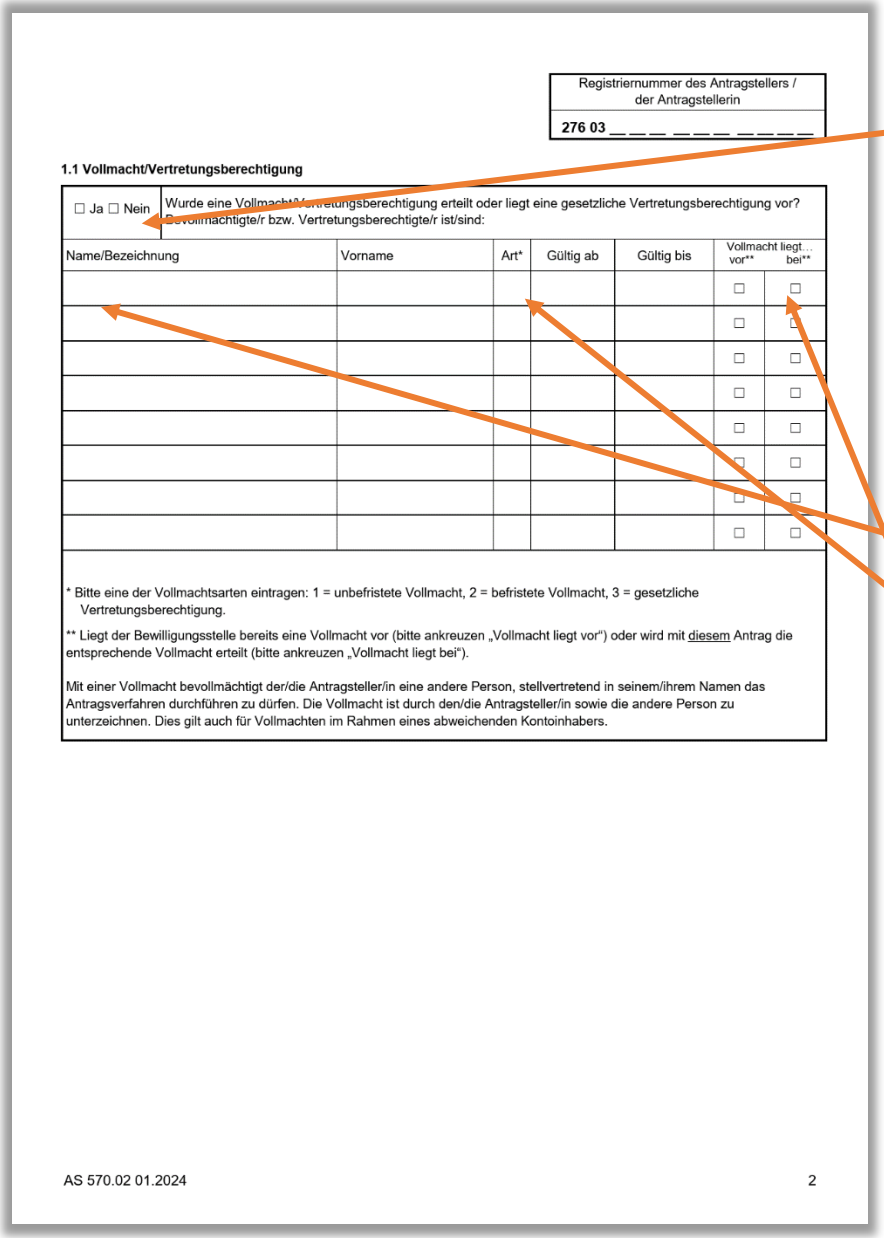
Titel (Angabe freiwillig):	Generation (Angabe freiwillig):
Telefon:	Fax:
E-Mail:	Mobil:
Zuständiges Finanzamt:	
IBAN:	
Sofern abweichende/r Kontoinhaber (Bevollmächtigte/r): Vollmacht unter 1.1 muss vorliegen	
Name/Bezeichnung (Bevollmächtigte/r):	Vorname:
Angegebene Bankverbindung gilt für folgende Fördermaßnahmen:	
☐ Ja ☐ Nein	Ich beantrage / Wir beantragen auch Zahlungen in anderen EU-Mitgliedstaaten.

AS 570.02 01.2024 1

Adresse der Bewilligungsbehörde. In unserer LEADER-Region:
ArL Braunschweig, Geschäftsstelle Göttingen
z.H. Hr. Ochmann
Danziger Straße 40
37083 Göttingen

Daten der antragsstellenden Person / des Vereins / der Kommune, …

Für den Fall, dass Sie Zahlungen aus anderen EU-Staaten beantragen, kreuzen Sie bitte „ja“ an. In der Regel ist das nicht der Fall, dann bitte „nein“.



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin

276 03 __ __ __ __ __ __ __ __ __

1.1 Vollmacht/Vertretungsberechtigung

☐ Ja ☐ Nein | Wurde eine Vollmacht/Vertretungsberechtigung erteilt oder liegt eine gesetzliche Vertretungsberechtigung vor? Bevollmächtigte/r bzw. Vertretungsberechtigte/r ist/sind:

Name/Bezeichnung	Vorname	Art*	Gültig ab	Gültig bis	Vollmacht liegt… vor**	bei**
					☐	☐
					☐	☐
					☐	☐
					☐	☐
					☐	☐
					☐	☐
					☐	☐
					☐	☐

* Bitte eine der Vollmachtsarten eintragen: 1 = unbefristete Vollmacht, 2 = befristete Vollmacht, 3 = gesetzliche Vertretungsberechtigung.

** Liegt der Bewilligungsstelle bereits eine Vollmacht vor (bitte ankreuzen „Vollmacht liegt vor") oder wird mit diesem Antrag die entsprechende Vollmacht erteilt (bitte ankreuzen „Vollmacht liegt bei").

Mit einer Vollmacht bevollmächtigt der/die Antragsteller/in eine andere Person, stellvertretend in seinem/ihrem Namen das Antragsverfahren durchführen zu dürfen. Die Vollmacht ist durch den/die Antragsteller/in sowie die andere Person zu unterzeichnen. Dies gilt auch für Vollmachten im Rahmen eines abweichenden Kontoinhabers.

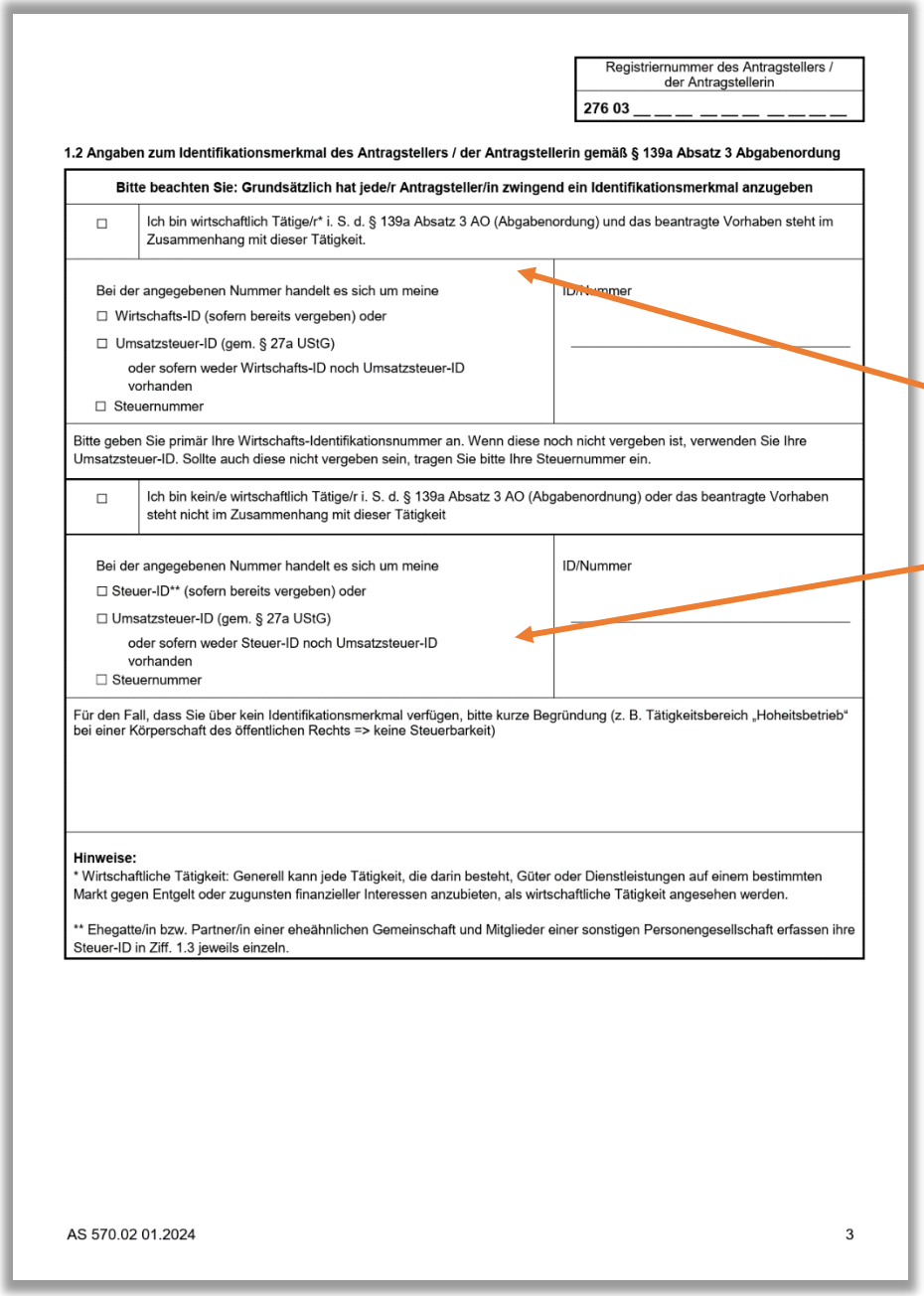
AS 570.02 01.2024 2

Auf dieser Seite geben Sie an, wer für diesen Projektantrag zeichnungsberechtigt ist.
Stellen Sie Ihren Projektantrag als **Privatperson ohne weitere Rechtsform**? Dann kreuzen Sie „nein" an und lassen den Rest der Seite außer Acht.
Für alle anderen Rechtsformen ist nachzuweisen, wer die Vertretungsberechtigung besitzt.

Tragen Sie hier alle Personen ein, die zeichnungsberechtigt sind

Art der Vollmacht (s.u.), bitte jeweilige Ziffer eintragen.

In der Regel muss die Vollmacht beigelegt werden, da sie der Bewilligungsbehörde noch nicht vorliegt. Setzen Sie daher das entsprechende Kreuz.



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin
276 03 __ __ __ __ __ __ __ __ __ __

1.2 Angaben zum Identifikationsmerkmal des Antragstellers / der Antragstellerin gemäß § 139a Absatz 3 Abgabenordung

Bitte beachten Sie: Grundsätzlich hat jede/r Antragsteller/in zwingend ein Identifikationsmerkmal anzugeben

☐ Ich bin wirtschaftlich Tätige/r* i. S. d. § 139a Absatz 3 AO (Abgabenordung) und das beantragte Vorhaben steht im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit.

Bei der angegebenen Nummer handelt es sich um meine
- ☐ Wirtschafts-ID (sofern bereits vergeben) oder
- ☐ Umsatzsteuer-ID (gem. § 27a UStG)

oder sofern weder Wirtschafts-ID noch Umsatzsteuer-ID vorhanden
- ☐ Steuernummer

ID/Nummer

Bitte geben Sie primär Ihre Wirtschafts-Identifikationsnummer an. Wenn diese noch nicht vergeben ist, verwenden Sie Ihre Umsatzsteuer-ID. Sollte auch diese nicht vergeben sein, tragen Sie bitte Ihre Steuernummer ein.

☐ Ich bin kein/e wirtschaftlich Tätige/r i. S. d. § 139a Absatz 3 AO (Abgabenordnung) oder das beantragte Vorhaben steht nicht im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit

Bei der angegebenen Nummer handelt es sich um meine
- ☐ Steuer-ID** (sofern bereits vergeben) oder
- ☐ Umsatzsteuer-ID (gem. § 27a UStG)

oder sofern weder Steuer-ID noch Umsatzsteuer-ID vorhanden
- ☐ Steuernummer

ID/Nummer

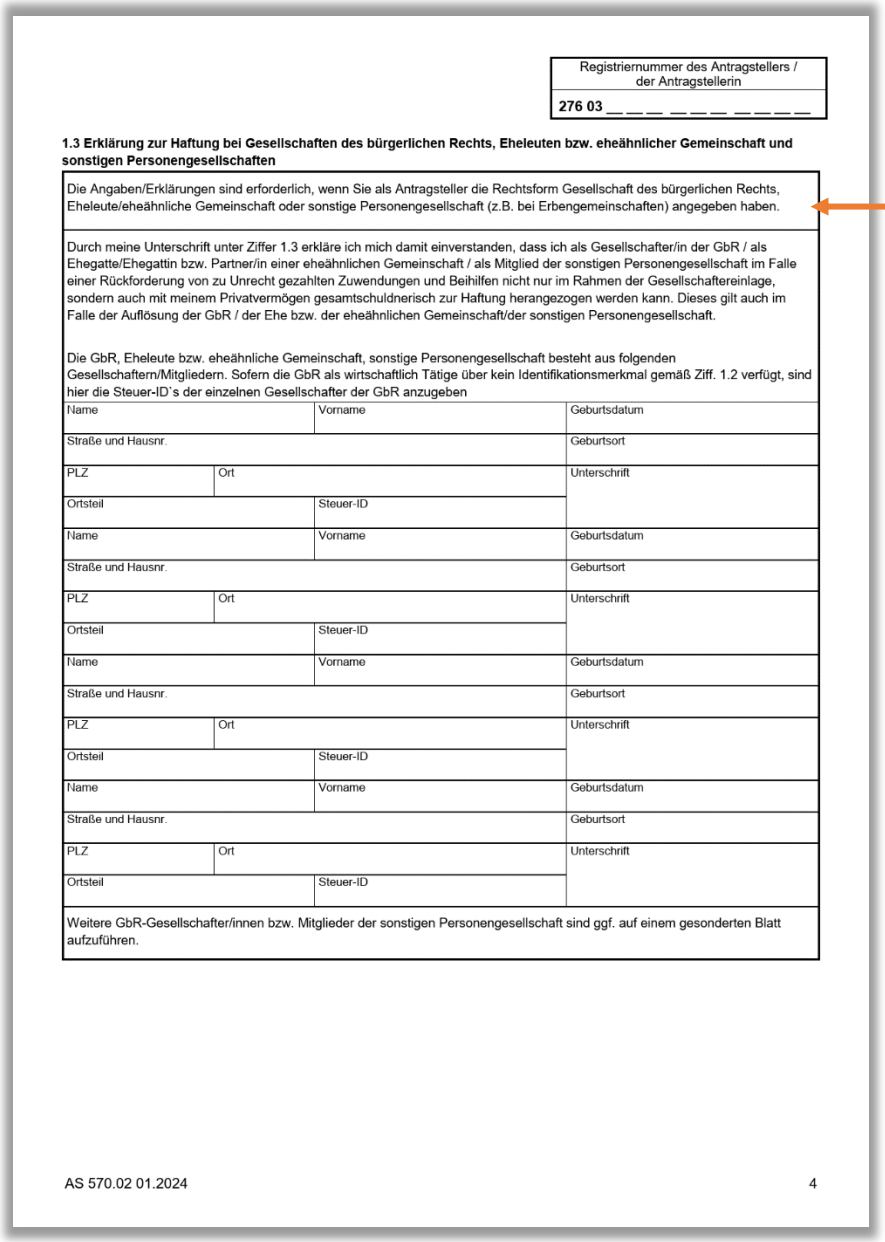
Für den Fall, dass Sie über kein Identifikationsmerkmal verfügen, bitte kurze Begründung (z. B. Tätigkeitsbereich „Hoheitsbetrieb" bei einer Körperschaft des öffentlichen Rechts => keine Steuerbarkeit)

Hinweise:
* Wirtschaftliche Tätigkeit: Generell kann jede Tätigkeit, die darin besteht, Güter oder Dienstleistungen auf einem bestimmten Markt gegen Entgelt oder zugunsten finanzieller Interessen anzubieten, als wirtschaftliche Tätigkeit angesehen werden.

** Ehegatte/in bzw. Partner/in einer eheähnlichen Gemeinschaft und Mitglieder einer sonstigen Personengesellschaft erfassen ihre Steuer-ID in Ziff. 1.3 jeweils einzeln.

AS 570.02 01.2024 3

Wirtschaftlich tätig oder nicht? Je nachdem, wie die Antwort ausfällt, füllen Sie bitte das entsprechende Kästchen aus und lassen das andere frei. Bitte geben Sie unbedingt Ihr Steuermerkmal (in der Regel: Steuer-ID) mit an oder ergänzen Sie unten, weshalb kein ID-Merkmal vorliegt.



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin
276 03 __ __ __ __ __ __ __ __ __ __

1.3 Erklärung zur Haftung bei Gesellschaften des bürgerlichen Rechts, Eheleuten bzw. eheähnlicher Gemeinschaft und sonstigen Personengesellschaften

Die Angaben/Erklärungen sind erforderlich, wenn Sie als Antragsteller die Rechtsform Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, Eheleute/eheähnliche Gemeinschaft oder sonstige Personengesellschaft (z.B. bei Erbengemeinschaften) angegeben haben.

Durch meine Unterschrift unter Ziffer 1.3 erkläre ich mich damit einverstanden, dass ich als Gesellschafter/in der GbR / als Ehegatte/Ehegattin bzw. Partner/in einer eheähnlichen Gemeinschaft / als Mitglied der sonstigen Personengesellschaft im Falle einer Rückforderung von zu Unrecht gezahlten Zuwendungen und Beihilfen nicht nur im Rahmen der Gesellschaftereinlage, sondern auch mit meinem Privatvermögen gesamtschuldnerisch zur Haftung herangezogen werden kann. Dieses gilt auch im Falle der Auflösung der GbR / der Ehe bzw. der eheähnlichen Gemeinschaft/der sonstigen Personengesellschaft.

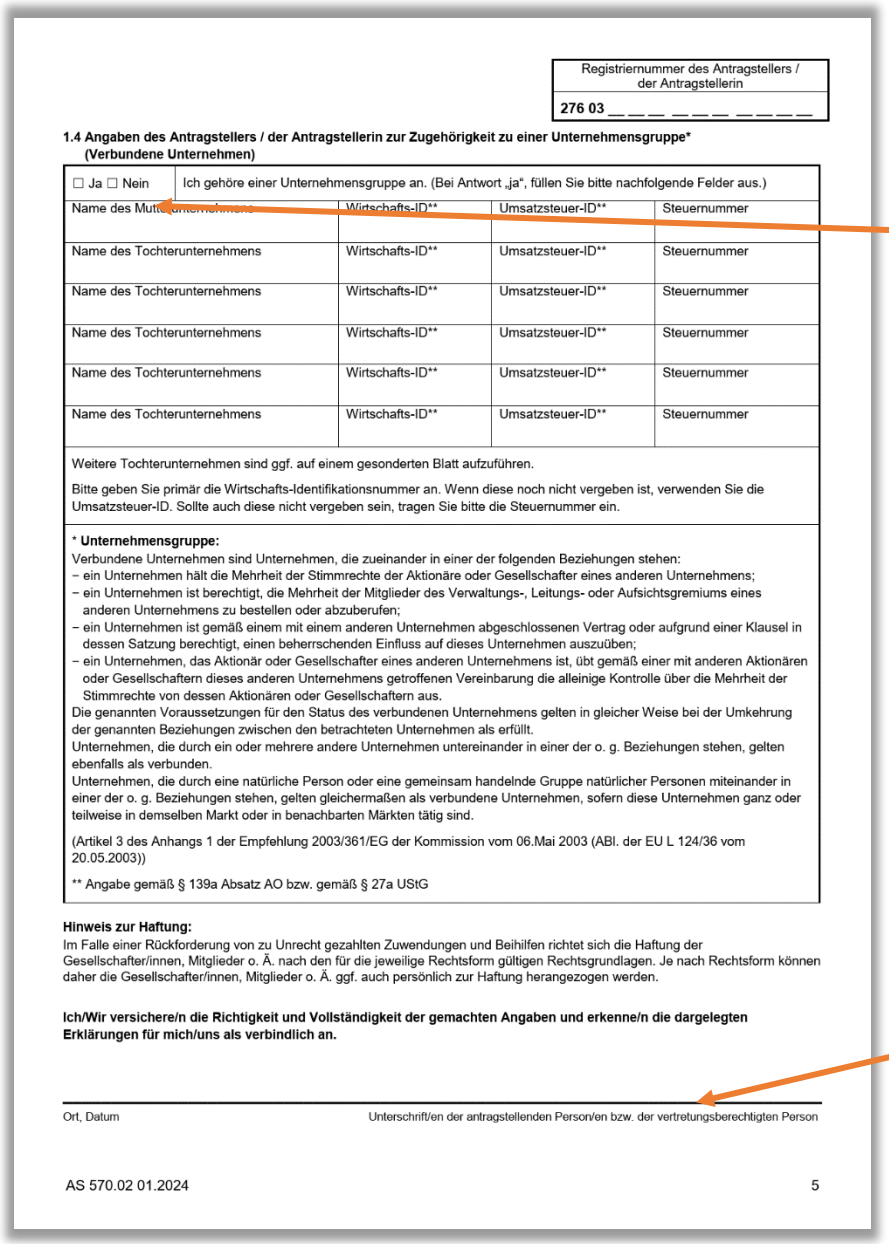
Die GbR, Eheleute bzw. eheähnliche Gemeinschaft, sonstige Personengesellschaft besteht aus folgenden Gesellschaftern/Mitgliedern. Sofern die GbR als wirtschaftlich Tätige über kein Identifikationsmerkmal gemäß Ziff. 1.2 verfügt, sind hier die Steuer-ID`s der einzelnen Gesellschafter der GbR anzugeben

Name	Vorname	Geburtsdatum
Straße und Hausnr.		Geburtsort
PLZ / Ort		Unterschrift
Ortsteil	Steuer-ID	
Name	Vorname	Geburtsdatum
Straße und Hausnr.		Geburtsort
PLZ / Ort		Unterschrift
Ortsteil	Steuer-ID	
Name	Vorname	Geburtsdatum
Straße und Hausnr.		Geburtsort
PLZ / Ort		Unterschrift
Ortsteil	Steuer-ID	
Name	Vorname	Geburtsdatum
Straße und Hausnr.		Geburtsort
PLZ / Ort		Unterschrift
Ortsteil	Steuer-ID	

Weitere GbR-Gesellschafter/innen bzw. Mitglieder der sonstigen Personengesellschaft sind ggf. auf einem gesonderten Blatt aufzuführen.

AS 570.02 01.2024 4

Fallen Sie in diese Kategorie? Falls nicht, können Sie weiterblättern.



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin
276 03 __ __ __ __ __ __ __ __ __

1.4 Angaben des Antragstellers / der Antragstellerin zur Zugehörigkeit zu einer Unternehmensgruppe* (Verbundene Unternehmen)

☐ Ja ☐ Nein	Ich gehöre einer Unternehmensgruppe an. (Bei Antwort „ja", füllen Sie bitte nachfolgende Felder aus.)		
Name des Mutterunternehmens	Wirtschafts-ID**	Umsatzsteuer-ID**	Steuernummer
Name des Tochterunternehmens	Wirtschafts-ID**	Umsatzsteuer-ID**	Steuernummer
Name des Tochterunternehmens	Wirtschafts-ID**	Umsatzsteuer-ID**	Steuernummer
Name des Tochterunternehmens	Wirtschafts-ID**	Umsatzsteuer-ID**	Steuernummer
Name des Tochterunternehmens	Wirtschafts-ID**	Umsatzsteuer-ID**	Steuernummer
Name des Tochterunternehmens	Wirtschafts-ID**	Umsatzsteuer-ID**	Steuernummer

Weitere Tochterunternehmen sind ggf. auf einem gesonderten Blatt aufzuführen.

Bitte geben Sie primär die Wirtschafts-Identifikationsnummer an. Wenn diese noch nicht vergeben ist, verwenden Sie die Umsatzsteuer-ID. Sollte auch diese nicht vergeben sein, tragen Sie bitte die Steuernummer ein.

*** Unternehmensgruppe:**
Verbundene Unternehmen sind Unternehmen, die zueinander in einer der folgenden Beziehungen stehen:
- ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Aktionäre oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens;
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzuberufen;
- ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen abgeschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben;
- ein Unternehmen, das Aktionär oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Aktionären oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Aktionären oder Gesellschaftern aus.

Die genannten Voraussetzungen für den Status des verbundenen Unternehmens gelten in gleicher Weise bei der Umkehrung der genannten Beziehungen zwischen den betrachteten Unternehmen als erfüllt.
Unternehmen, die durch ein oder mehrere andere Unternehmen untereinander in einer der o. g. Beziehungen stehen, gelten ebenfalls als verbunden.
Unternehmen, die durch eine natürliche Person oder eine gemeinsam handelnde Gruppe natürlicher Personen miteinander in einer der o. g. Beziehungen stehen, gelten gleichermaßen als verbundene Unternehmen, sofern diese Unternehmen ganz oder teilweise in demselben Markt oder in benachbarten Märkten tätig sind.

(Artikel 3 des Anhangs 1 der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 06.Mai 2003 (ABl. der EU L 124/36 vom 20.05.2003))

** Angabe gemäß § 139a Absatz AO bzw. gemäß § 27a UStG

Hinweis zur Haftung:
Im Falle einer Rückforderung von zu Unrecht gezahlten Zuwendungen und Beihilfen richtet sich die Haftung der Gesellschafter/innen, Mitglieder o. Ä. nach den für die jeweilige Rechtsform gültigen Rechtsgrundlagen. Je nach Rechtsform können daher die Gesellschafter/innen, Mitglieder o. Ä. ggf. auch persönlich zur Haftung herangezogen werden.

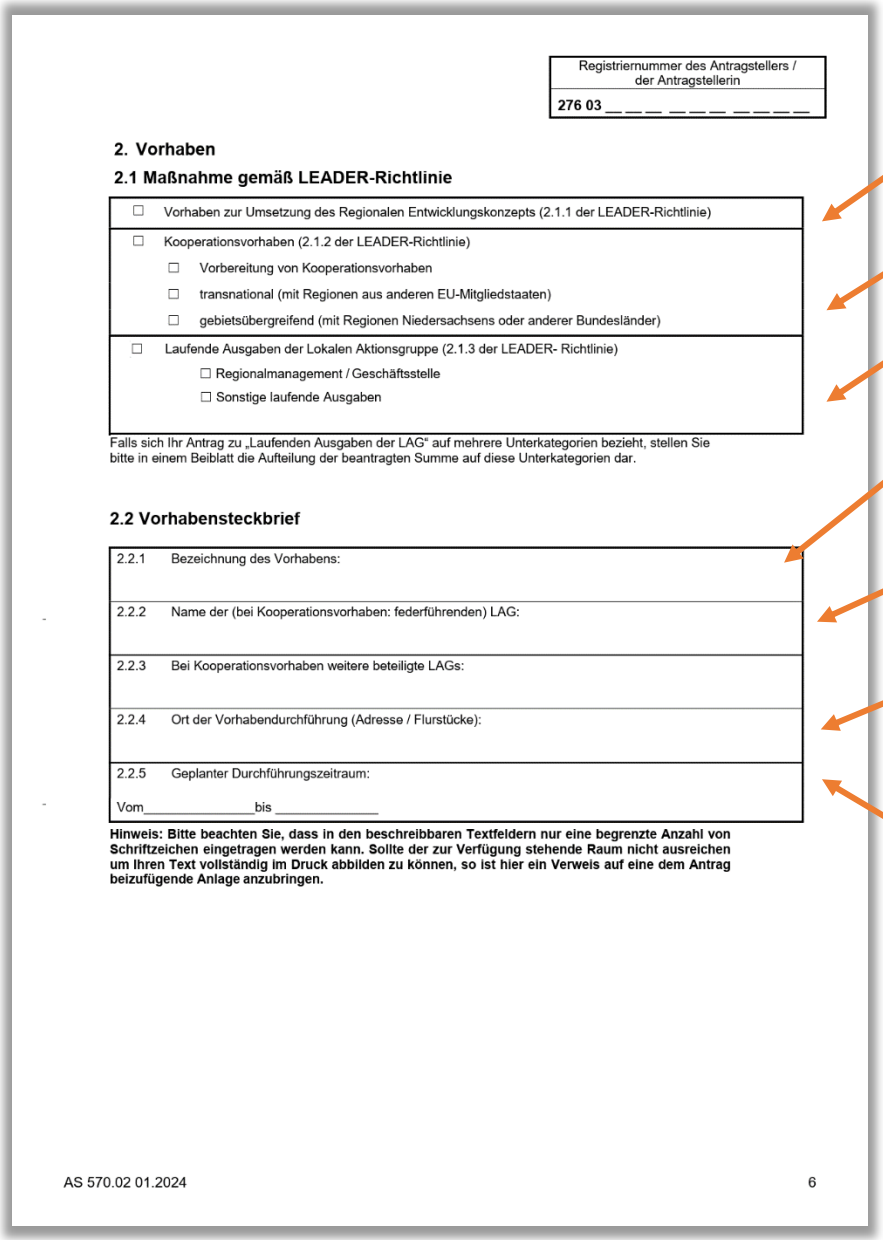
Ich/Wir versichere/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und erkenne/n die dargelegten Erklärungen für mich/uns als verbindlich an.

Ort, Datum — Unterschrift/en der antragstellenden Person/en bzw. der vertretungsberechtigten Person

AS 570.02 01.2024 — 5

Sofern Sie einer Unternehmensgruppe angehören, füllen Sie dieses Blatt bitte aus. Andernfalls kreuzen Sie bitte „nein" an.

Bitte im ausgedruckten, fertig ausgefüllten Antrag händisch unterschreiben.



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin

276 03 _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

2. Vorhaben

2.1 Maßnahme gemäß LEADER-Richtlinie

- ☐ Vorhaben zur Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzepts (2.1.1 der LEADER-Richtlinie)
- ☐ Kooperationsvorhaben (2.1.2 der LEADER-Richtlinie)
  - ☐ Vorbereitung von Kooperationsvorhaben
  - ☐ transnational (mit Regionen aus anderen EU-Mitgliedstaaten)
  - ☐ gebietsübergreifend (mit Regionen Niedersachsens oder anderer Bundesländer)
- ☐ Laufende Ausgaben der Lokalen Aktionsgruppe (2.1.3 der LEADER- Richtlinie)
  - ☐ Regionalmanagement / Geschäftsstelle
  - ☐ Sonstige laufende Ausgaben

Falls sich Ihr Antrag zu „Laufenden Ausgaben der LAG" auf mehrere Unterkategorien bezieht, stellen Sie bitte in einem Beiblatt die Aufteilung der beantragten Summe auf diese Unterkategorien dar.

2.2 Vorhabensteckbrief

2.2.1	Bezeichnung des Vorhabens:
2.2.2	Name der (bei Kooperationsvorhaben: federführenden) LAG:
2.2.3	Bei Kooperationsvorhaben weitere beteiligte LAGs:
2.2.4	Ort der Vorhabendurchführung (Adresse / Flurstücke):
2.2.5	Geplanter Durchführungszeitraum: Vom_____bis _____

Hinweis: Bitte beachten Sie, dass in den beschreibbaren Textfeldern nur eine begrenzte Anzahl von Schriftzeichen eingetragen werden kann. Sollte der zur Verfügung stehende Raum nicht ausreichen um Ihren Text vollständig im Druck abbilden zu können, so ist hier ein Verweis auf eine dem Antrag beizufügende Anlage anzubringen.

AS 570.02 01.2024 6

Beantragen Sie die Förderung für ein Projekt, das (maximal) das Fördergebiet der LEADER-Region Göttinger Land betrifft? Dann kreuzen Sie bitte hier an.

Ist Ihr Projekt ein Kooperationsprojekt mit einer anderen LEADER-Region? Dann kreuzen Sie bitte hier an.

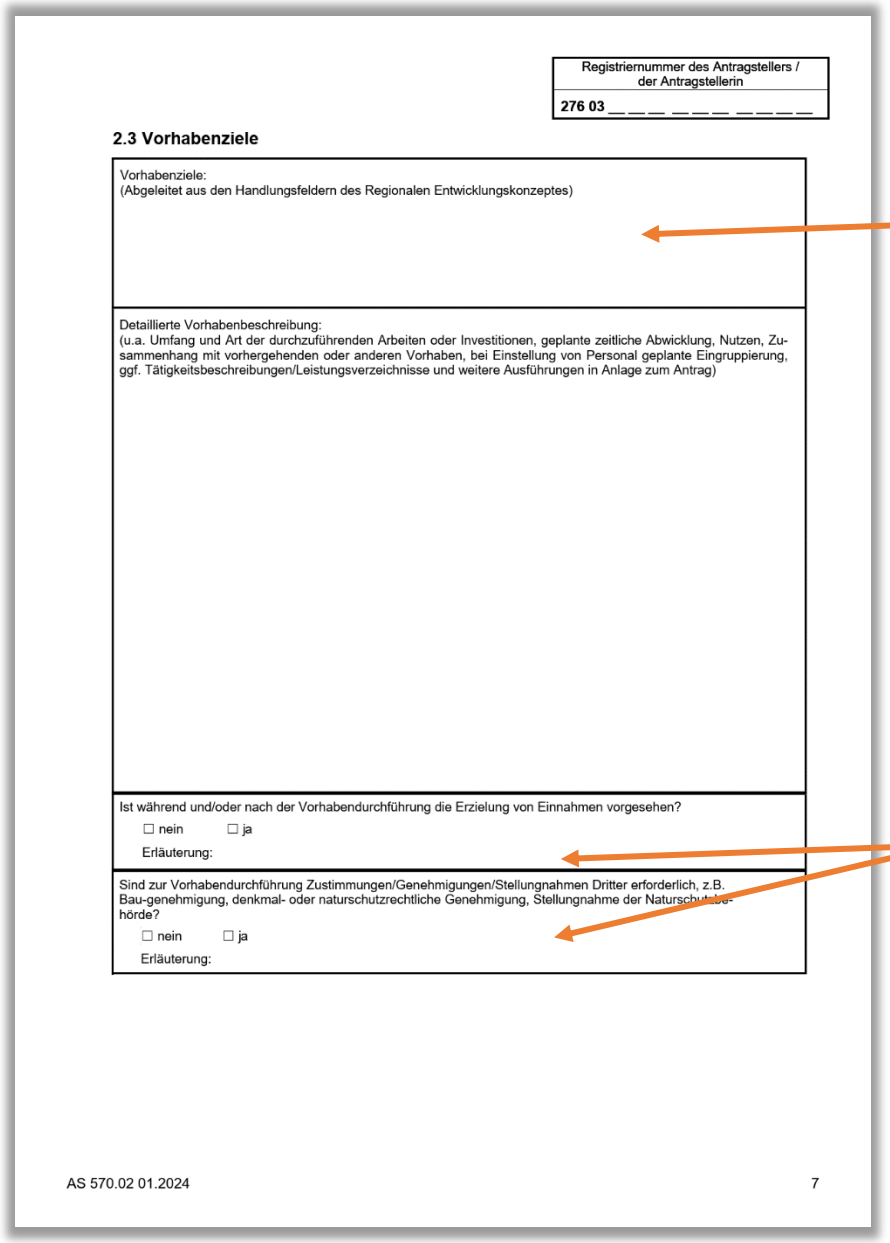
Bitte ignorieren

Ihr Projekttitel (der selbe wie in Ihrer Projektskizze)

Göttinger Land (sofern kein Kooperationsprojekt, sonst federführende LAG)

Bitte ausfüllen und ggf. Kartenmaterial beilegen. Adresse und Flurstücke nur notwendig, wenn Maßnahmen adressscharf umgesetzt werden (wie z. B. Baumaßnahmen).

Den Durchführungszeitraum legen Sie selbst fest.
Setzen Sie ihn so, dass Sie auch nach Durchführung der Maßnahmen genügend Zeit zur Abrechnung einplanen. Auch ein Puffer für Unvorhergesehenes (insbesondere bei Projekten mit vielen Fremdleistungen) hat sich bewährt.
Zwar kann ein Projekt in der Regel verlängert werden, hierzu ist jedoch bürokratischer Aufwand notwendig.
Wichtig: Die Umsetzung des Projektes darf erst beginnen, wenn der Bewilligungsbescheid vorliegt. Ein vorläufiger Maßnahmenbeginn ist nicht möglich und führt zur Rücknahme der Bewilligung!



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin

276 03 _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

2.3 Vorhabenziele

Vorhabenziele:
(Abgeleitet aus den Handlungsfeldern des Regionalen Entwicklungskonzeptes)

Detaillierte Vorhabenbeschreibung:
(u.a. Umfang und Art der durchzuführenden Arbeiten oder Investitionen, geplante zeitliche Abwicklung, Nutzen, Zusammenhang mit vorhergehenden oder anderen Vorhaben, bei Einstellung von Personal geplante Eingruppierung, ggf. Tätigkeitsbeschreibungen/Leistungsverzeichnisse und weitere Ausführungen in Anlage zum Antrag)

Ist während und/oder nach der Vorhabendurchführung die Erzielung von Einnahmen vorgesehen?
☐ nein ☐ ja
Erläuterung:

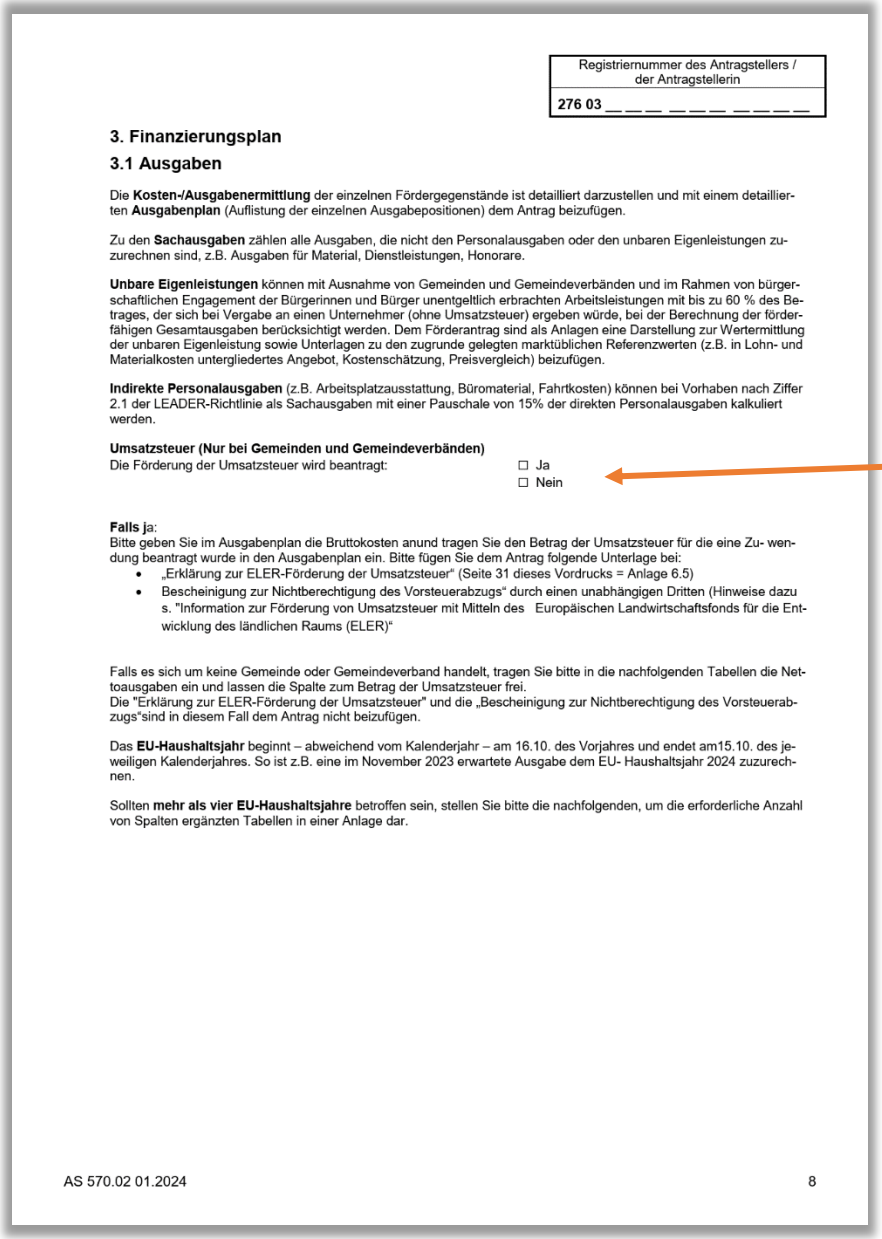
Sind zur Vorhabendurchführung Zustimmungen/Genehmigungen/Stellungnahmen Dritter erforderlich, z.B. Bau-genehmigung, denkmal- oder naturschutzrechtliche Genehmigung, Stellungnahme der Naturschutzbehörde?
☐ nein ☐ ja
Erläuterung:

AS 570.02 01.2024 7

Unter diesem LINK finden Sie das Regionale Entwicklungskonzept der LEADER-Region Göttinger Land. Ab Seite 79 finden Sie die Handlungsfelder und Entwicklungsziele, die die Fördergrundlage darstellen. Welche Ziele bedienen Sie Ihrem Projekt? Nehmen Sie Bezug.

Bitte achten Sie darauf, dass der Text vollständig lesbar ist. In einem ausgedruckten Dokument kann man nicht scrollen!

Bitte ankreuzen und erläutern (Genehmigungen sind in der Anhangliste aufzuführen und dem Antrag anzuhängen)



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin

276 03 _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

3. Finanzierungsplan

3.1 Ausgaben

Die **Kosten-/Ausgabenermittlung** der einzelnen Fördergegenstände ist detailliert darzustellen und mit einem detaillierten **Ausgabenplan** (Auflistung der einzelnen Ausgabepositionen) dem Antrag beizufügen.

Zu den **Sachausgaben** zählen alle Ausgaben, die nicht den Personalausgaben oder den unbaren Eigenleistungen zuzurechnen sind, z.B. Ausgaben für Material, Dienstleistungen, Honorare.

Unbare Eigenleistungen können mit Ausnahme von Gemeinden und Gemeindeverbänden und im Rahmen von bürgerschaftlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger unentgeltlich erbrachten Arbeitsleistungen mit bis zu 60 % des Betrages, der sich bei Vergabe an einen Unternehmer (ohne Umsatzsteuer) ergeben würde, bei der Berechnung der förderfähigen Gesamtausgaben berücksichtigt werden. Dem Förderantrag sind als Anlagen eine Darstellung zur Wertermittlung der unbaren Eigenleistung sowie Unterlagen zu den zugrunde gelegten marktüblichen Referenzwerten (z.B. in Lohn- und Materialkosten untergliedertes Angebot, Kostenschätzung, Preisvergleich) beizufügen.

Indirekte Personalausgaben (z.B. Arbeitsplatzausstattung, Büromaterial, Fahrtkosten) können bei Vorhaben nach Ziffer 2.1 der LEADER-Richtlinie als Sachausgaben mit einer Pauschale von 15% der direkten Personalausgaben kalkuliert werden.

Umsatzsteuer (Nur bei Gemeinden und Gemeindeverbänden)
Die Förderung der Umsatzsteuer wird beantragt: ☐ Ja ☐ Nein

Falls ja:
Bitte geben Sie im Ausgabenplan die Bruttokosten anund tragen Sie den Betrag der Umsatzsteuer für die eine Zu- wendung beantragt wurde in den Ausgabenplan ein. Bitte fügen Sie dem Antrag folgende Unterlage bei:

- „Erklärung zur ELER-Förderung der Umsatzsteuer" (Seite 31 dieses Vordrucks = Anlage 6.5)
- Bescheinigung zur Nichtberechtigung des Vorsteuerabzugs" durch einen unabhängigen Dritten (Hinweise dazu s. "Information zur Förderung von Umsatzsteuer mit Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)"

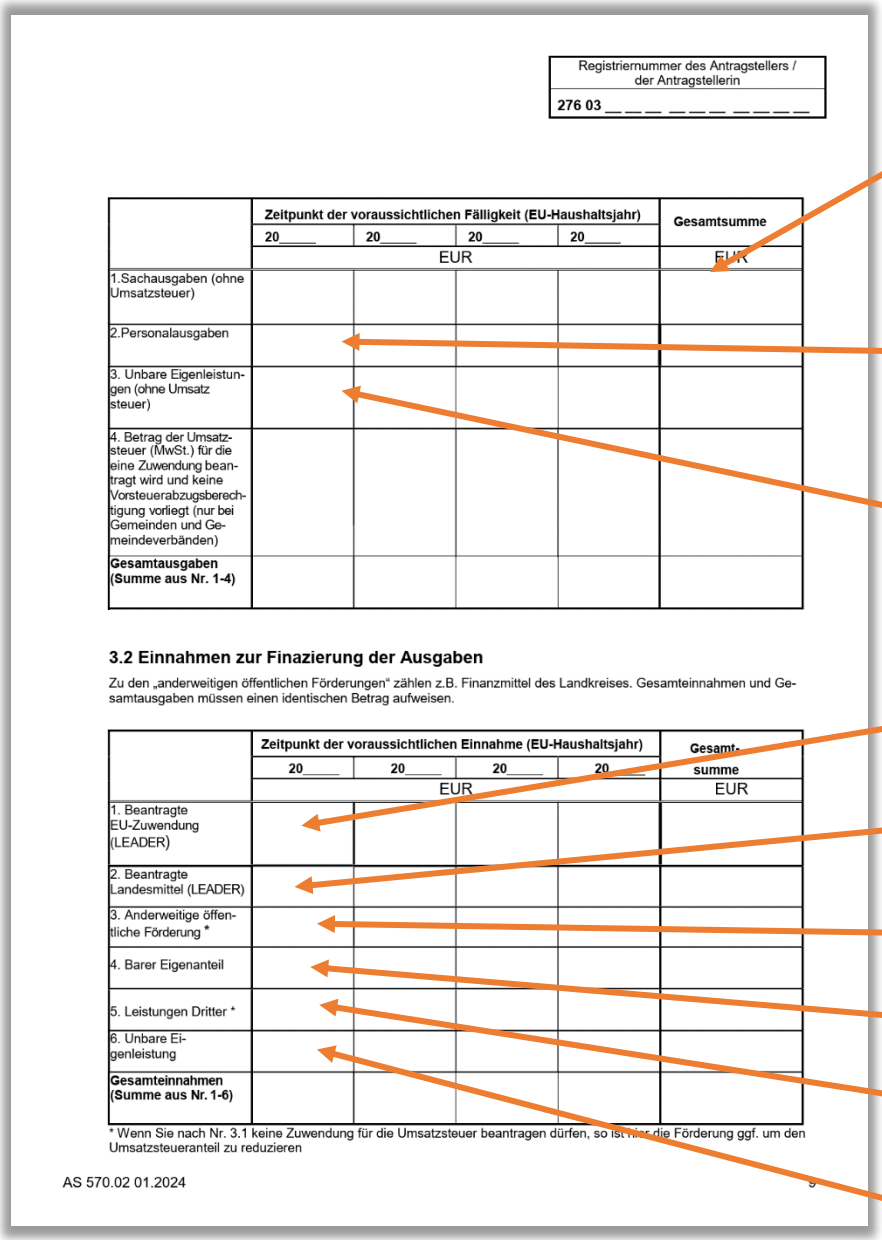
Falls es sich um keine Gemeinde oder Gemeindeverband handelt, tragen Sie bitte in die nachfolgenden Tabellen die Nettoausgaben ein und lassen die Spalte zum Betrag der Umsatzsteuer frei.
Die "Erklärung zur ELER-Förderung der Umsatzsteuer" und die „Bescheinigung zur Nichtberechtigung des Vorsteuerabzugs"sind in diesem Fall dem Antrag nicht beizufügen.

Das **EU-Haushaltsjahr** beginnt – abweichend vom Kalenderjahr – am 16.10. des Vorjahres und endet am15.10. des jeweiligen Kalenderjahres. So ist z.B. eine im November 2023 erwartete Ausgabe dem EU- Haushaltsjahr 2024 zuzurechnen.

Sollten **mehr als vier EU-Haushaltsjahre** betroffen sein, stellen Sie bitte die nachfolgenden, um die erforderliche Anzahl von Spalten ergänzten Tabellen in einer Anlage dar.

AS 570.02 01.2024 8

Sind Sie eine Gemeinde oder ein Gemeindeverband? Dann können Sie die Förderung der Mehrwertsteuer beantragen. Für alle anderen Projektträger*innen gilt: Die Mehrwertsteuer ist in der aktuellen Förderphase NICHT förderfähig – kreuzen Sie daher „Nein“ an



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin
276 03 _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (EU-Haushaltsjahr)				Gesamtsumme
	20____	20____	20____	20____	
	EUR				EUR
1.Sachausgaben (ohne Umsatzsteuer)					
2.Personalausgaben					
3. Unbare Eigenleistungen (ohne Umsatz steuer)					
4. Betrag der Umsatzsteuer (MwSt.) für die eine Zuwendung beantragt wird und keine Vorsteuerabzugsberechtigung vorliegt (nur bei Gemeinden und Gemeindeverbänden)					
Gesamtausgaben (Summe aus Nr. 1-4)					

3.2 Einnahmen zur Finazierung der Ausgaben

Zu den „anderweitigen öffentlichen Förderungen" zählen z.B. Finanzmittel des Landkreises. Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben müssen einen identischen Betrag aufweisen.

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Einnahme (EU-Haushaltsjahr)				Gesamtsumme
	20____	20____	20____	20____	
	EUR				EUR
1. Beantragte EU-Zuwendung (LEADER)					
2. Beantragte Landesmittel (LEADER)					
3. Anderweitige öffentliche Förderung *					
4. Barer Eigenanteil					
5. Leistungen Dritter *					
6. Unbare Eigenleistung					
Gesamteinnahmen (Summe aus Nr. 1-6)					

* Wenn Sie nach Nr. 3.1 keine Zuwendung für die Umsatzsteuer beantragen dürfen, so ist nur die Förderung ggf. um den Umsatzsteueranteil zu reduzieren

AS 570.02 01.2024

In diese Tabelle tragen Sie bitte alle geplanten Ausgaben im Rahmen des Projektes ein (Netto, ohne Mwst.). Sofern bereits absehbar, schlüsseln Sie die Ausgaben bitte nach EU-Haushaltsjahren (=Kalenderjahre) auf.

Personalausgaben beinhalten Ausgaben, die Sie für **bei Ihnen angestelltes Personal** aufwenden. Haben Sie bspw. Kosten für einen Dachdecker (Material + Arbeitsstunden) im Rahmen einer Honorarleistung, so fallen auch die Arbeitsstunden als Sachkosten an. Stellen Sie selbst einen Dachdecker an und zahlen ihm im Rahmen eines Anstellungsverhältnisses einen Arbeitslohn, so sind diese Kosten Personalkosten.

Unbare Eigenleistungen: Eigenleistungen, die Sie durch eigene Arbeit einbringen. Holen Sie sich hierzu ein Angebot eines Unternehmens (getrennt nach Material und Lohn) über die von Ihnen geplanten Maßnahmen ein. 60 % der **Lohnkosten** (netto) können Sie hier eintragen.

Beantragte LEADER-Fördersumme

Nur bei explizit beantragten Landesmitteln (NICHT: Kofinanzierung vom Landkreis Göttingen!!) – in der Regel nicht der Fall.

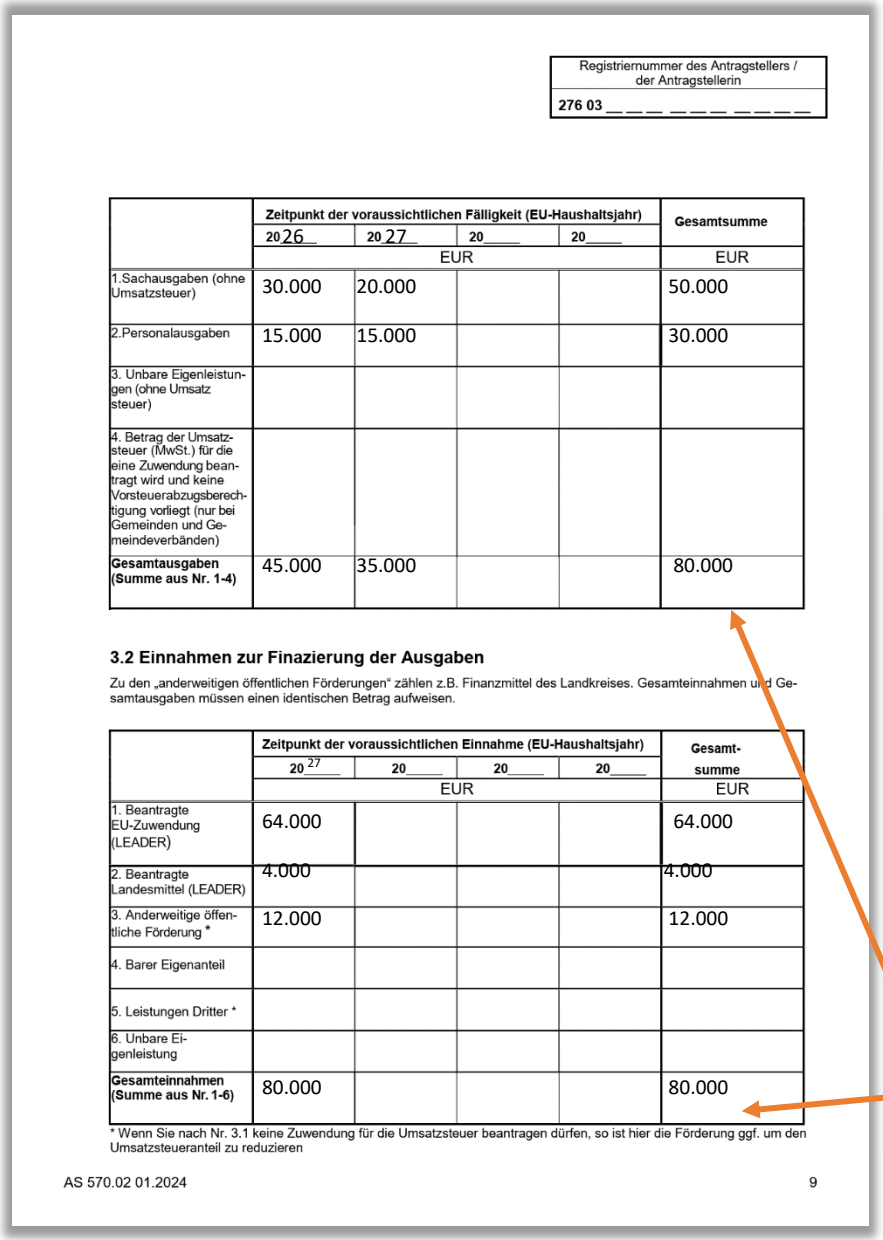
Kofinanzierung (LK Göttingen, Gemeinden, Kommunen, Stiftungen, …) – Summe aller öff. Förderungen außer LEADER (zu erläutern auf der nächsten Seite)

Ihr Eigenanteil – Mehrwertsteuer ausgenommen

"Leistungen Dritter" = Mittel von Privatpersonen, privaten Stiftungen, Sparkassenstiftungen u. ä.

s.o.

Weitere Erläuterungen auf der nächsten Seite



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin

276 03 _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (EU-Haushaltsjahr)				Gesamtsumme
	2026	2027	20____	20____	
	EUR				EUR
1.Sachausgaben (ohne Umsatzsteuer)	30.000	20.000			50.000
2.Personalausgaben	15.000	15.000			30.000
3. Unbare Eigenleistungen (ohne Umsatz steuer)					
4. Betrag der Umsatzsteuer (MwSt.) für die eine Zuwendung beantragt wird und keine Vorsteuerabzugsberechtigung vorliegt (nur bei Gemeinden und Gemeindeverbänden)					
Gesamtausgaben (Summe aus Nr. 1-4)	45.000	35.000			80.000

3.2 Einnahmen zur Finazierung der Ausgaben

Zu den „anderweitigen öffentlichen Förderungen" zählen z.B. Finanzmittel des Landkreises. Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben müssen einen identischen Betrag aufweisen.

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Einnahme (EU-Haushaltsjahr)				Gesamtsumme
	2027	20____	20____	20____	
	EUR				EUR
1. Beantragte EU-Zuwendung (LEADER)	64.000				64.000
2. Beantragte Landesmittel (LEADER)	4.000				4.000
3. Anderweitige öffentliche Förderung *	12.000				12.000
4. Barer Eigenanteil					
5. Leistungen Dritter *					
6. Unbare Eigenleistung					
Gesamteinnahmen (Summe aus Nr. 1-6)	80.000				80.000

* Wenn Sie nach Nr. 3.1 keine Zuwendung für die Umsatzsteuer beantragen dürfen, so ist hier die Förderung ggf. um den Umsatzsteueranteil zu reduzieren

AS 570.02 01.2024 9

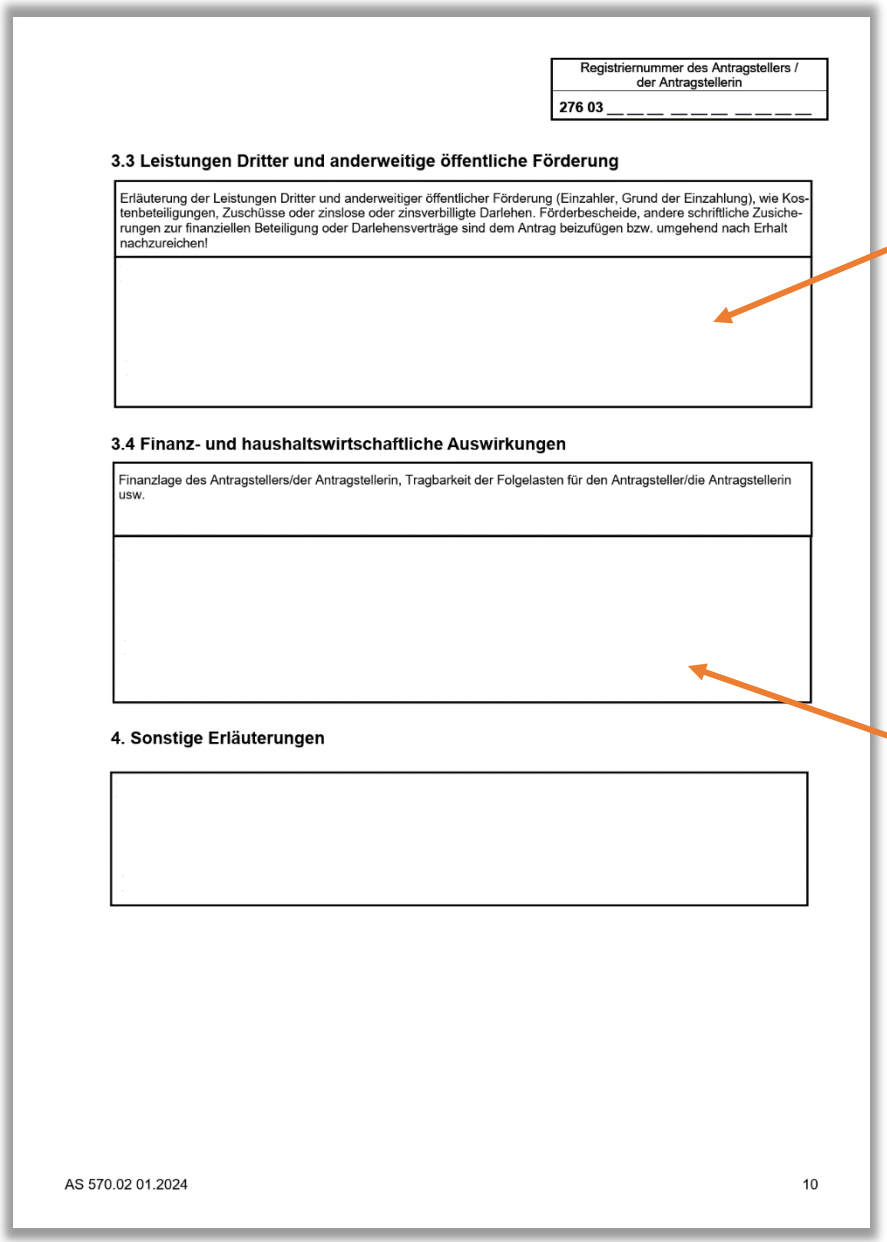
Die Einnahmen und Ausgaben in den Tabellen müssen, subtrahiert man sie, Null ergeben.
Achten Sie darauf, dass Sie alle relevanten Felder ausfüllen.

Ein Beispiel:
Ein gemeinnütziger Verein (e.V.) möchte ein Projekt umsetzen. Die Gesamtkosten Netto (ohne Mwst.) belaufen sich auf 80.000€. Hiervon sind 30.000€ Personalkosten, da zur Koordinierung des Projektes eine Person mit 50% angestellt wird. Der Restbetrag entfällt auf Sachkosten. Teile der Kosten werden je im Jahr 2026 und 2027 fällig.

Auf der Einnahmenseite steht folgender Plan:
Der Verein hat eine 80 %-LEADER-Förderung beantragt (64.000€). Die Kofinanzierung wird zu 10 % vom Landkreis Göttingen (8.000€), zu 5 % von der zuständigen Kommune (4.000€) und zu 5% vom Land Niedersachsen über die rar gesäten Landesmittel LEADER (4.000€) getragen. Ein barer Eigenanteil ist in diesem Modell nicht aufzuführen, da 100% der förderfähigen Kosten (Projektkosten ohne Mehrwertsteuer) durch die Förderungen abgedeckt sind. Zwar muss der Verein die Mehrwertsteuer selbst aufbringen, dies muss jedoch nicht vermerkt werden (da nicht förderfähig).

Das Feld rechts unten in den jeweiligen Tabellen enthält dieselbe Summe. Subtrahiert man sie, ergibt sich eine Null – d.h.: Einnahmen und Ausgaben decken sich, das Projekt ist finanziert.

In der Realität sind die Summen häufig krumm. Bitte tragen Sie immer die genauen Angebotssummen und geplanten Ausgaben ein und runden Sie nicht!



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin

276 03 _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

3.3 Leistungen Dritter und anderweitige öffentliche Förderung

Erläuterung der Leistungen Dritter und anderweitiger öffentlicher Förderung (Einzahler, Grund der Einzahlung), wie Kostenbeteiligungen, Zuschüsse oder zinslose oder zinsverbilligte Darlehen. Förderbescheide, andere schriftliche Zusicherungen zur finanziellen Beteiligung oder Darlehensverträge sind dem Antrag beizufügen bzw. umgehend nach Erhalt nachzureichen!

3.4 Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

Finanzlage des Antragstellers/der Antragstellerin, Tragbarkeit der Folgelasten für den Antragsteller/die Antragstellerin usw.

4. Sonstige Erläuterungen

AS 570.02 01.2024 10

Hier bitte die Zusammensetzung der anderweitigen öff. Förderung der vorherigen Seite erläutern. In unserem Beispiel stände hier: Landkreis Göttingen: 10% (8.000€), Kommune xyz: 5% (4.000€)

Falls Drittmittel (Gelder weiterer Förderer bzw. Unterstützer) zur Finanzierung beitragen, hier angeben.
Wenn Drittmittel erst nach der Bewilligung angegeben werden, müssen sie von den zuwendungsfähigen Kosten des Projekts abgezogen werden und reduzieren so die Höhe der Zuwendung. Dies können Gelder sein, die erst nach Antragstellung zufließen oder erwartet werden. Wenn Drittmittel verschwiegen werden, entspricht dies dem Tatbestand des **Subventionsbetruges!**

Mit diesen Angaben stellen Sie dar, dass Sie in der Lage sind, das Projekt vorzufinanzieren und nachhaltig weiter zu betreiben (Folgelasten, …).

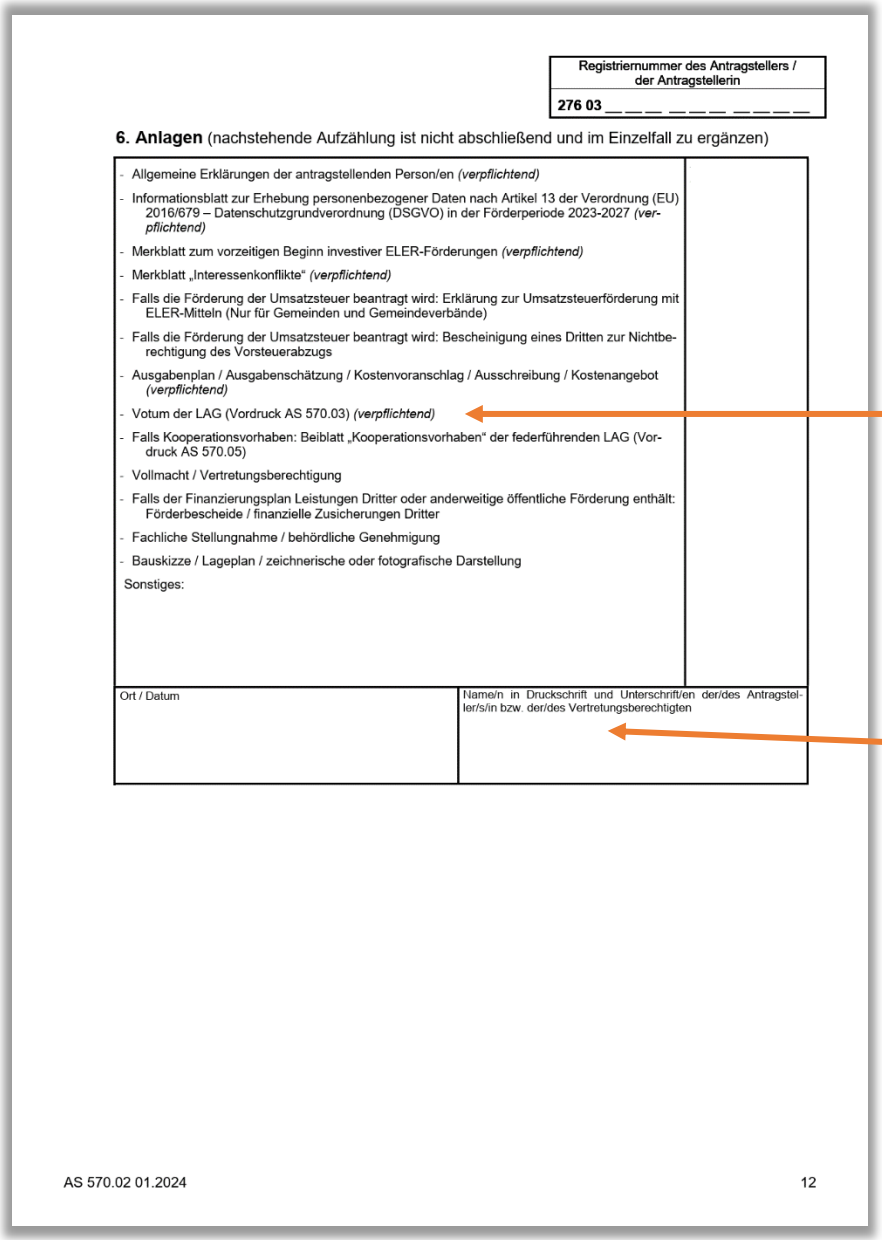
Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin
276 03 _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

5. Erklärungen

Der Antragsteller/Die Antragstellerin erklärt:		
5.1	-	Soweit eine Förderung von Personal für Regionalmanagement/Geschäftsstelle beantragt wird, das beim Vorhabenträger eingestellt werden soll: Die beim Vorhabenträger geltenen Bestimmungen zu Stellenausschreibungen werden eingehalten.
5.2	-	Mit dem Vorhaben ist noch nicht begonnen worden und wird auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen. (Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.)
5.3	-	Nur für öffentl. rechtliche Antragsteller: Bei der Vorhabendurchführung werden die Belange der Barrierefreiheit berücksichtigt.
5.4	☐	**Nur Gemeinden und Gemeindeverbände**: Wie in Ziffer 3.1 dargestellt, wird für die in Ansatz gebrachte Umsatzsteuer (MwSt.) eine Förderung beantragt. Da kein Anspruch auf die Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 UStG besteht, wird hierzu die beigefügte Erklärung (Erklärung des/der Begünstigten) abgegeben.
5.5	-	Die Vorhabendurchführung erfolgt nicht zur Umsetzung einer gesetzlichen Verpflichtung.
5.6	**Schriftliche Bestätigung über die Aufgabenzuordnung nach dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)** (nur auszufüllen, wenn Antragsteller eine Samtgemeinde oder eine Mitgliedsgemeinde ist) Das unter Nr. 3 dieses Antrages beschriebene Vorhaben liegt	
	☐	nach den in § 98 Abs. 1 Satz 1 bzw. § 98 Abs. 2 NKomVG definierten Aufgaben in der Zuständigkeit der Samtgemeinde:
	☐	aufgrund einer Aufgabenübertragung nach § 98 Abs. 1 Satz 2 NKomVG in der Zuständigkeit der Samtgemeinde:
	☐	weil keine Aufgabenübertragung stattgefunden hat, in der Zuständigkeit der Mitgliedsgemeinde:
5.7	-	Das zur Förderung beantragte Förderobjekt befindet sich in meinem/unserem Eigentum.. Soweit ich/wir nicht Eigentümer bin/sind, habe/n ich/wir diesem Antrag eine Einverständniserklärung des Eigentümers über die Durchführung des Vorhabens und die Duldung einer Zweckbindungsfrist beigefügt.
5.8	-	Das als Anlage beigefügte Informationsblatt nach der Datenschutz-Grundverordnung habe/n ich/wir zur Kenntnis genommen.
5.9	-	Das Vorhaben ist mit den Planungen für die Ver- und Entsorgung abgestimmt.

AS 570.02 01.2024 11

Bitte aufmerksam lesen.
Sie sind Gemeinde oder Gemeindeverband? 5.4 ist relevant.
Sie sind Samtgemeinde oder Mitgliedsgemeinde? 5.6 ist relevant.



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin

276 03 _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

6. Anlagen (nachstehende Aufzählung ist nicht abschließend und im Einzelfall zu ergänzen)

- Allgemeine Erklärungen der antragstellenden Person/en *(verpflichtend)*
- Informationsblatt zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13 der Verordnung (EU) 2016/679 – Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in der Förderperiode 2023-2027 *(verpflichtend)*
- Merkblatt zum vorzeitigen Beginn investiver ELER-Förderungen *(verpflichtend)*
- Merkblatt „Interessenkonflikte" *(verpflichtend)*
- Falls die Förderung der Umsatzsteuer beantragt wird: Erklärung zur Umsatzsteuerförderung mit ELER-Mitteln (Nur für Gemeinden und Gemeindeverbände)
- Falls die Förderung der Umsatzsteuer beantragt wird: Bescheinigung eines Dritten zur Nichtberechtigung des Vorsteuerabzugs
- Ausgabenplan / Ausgabenschätzung / Kostenvoranschlag / Ausschreibung / Kostenangebot *(verpflichtend)*
- Votum der LAG (Vordruck AS 570.03) *(verpflichtend)*
- Falls Kooperationsvorhaben: Beiblatt „Kooperationsvorhaben" der federführenden LAG (Vordruck AS 570.05)
- Vollmacht / Vertretungsberechtigung
- Falls der Finanzierungsplan Leistungen Dritter oder anderweitige öffentliche Förderung enthält: Förderbescheide / finanzielle Zusicherungen Dritter
- Fachliche Stellungnahme / behördliche Genehmigung
- Bauskizze / Lageplan / zeichnerische oder fotografische Darstellung

Sonstiges:

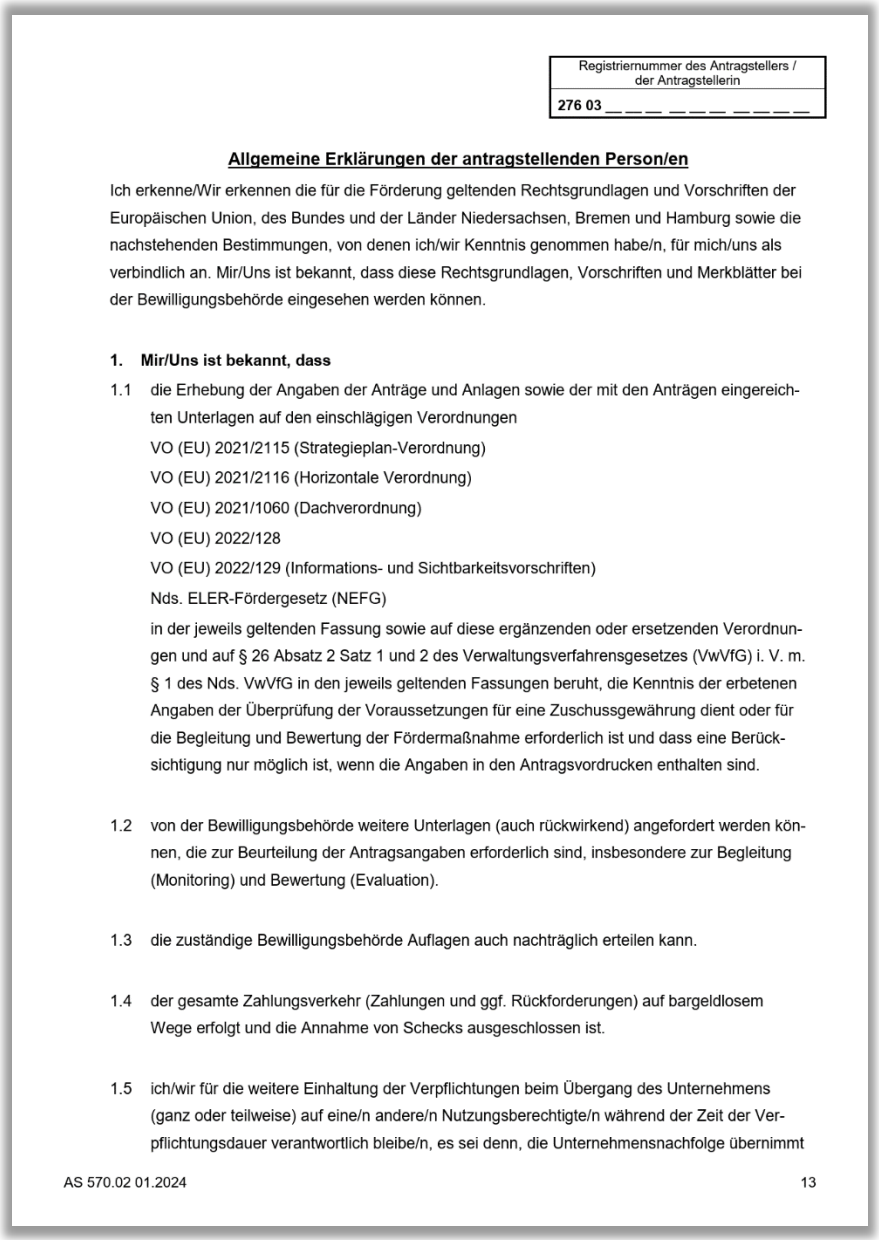
Ort / Datum	Name/n in Druckschrift und Unterschrift/en der/des Antragstellers/in bzw. der/des Vertretungsberechtigten

AS 570.02 01.2024 12

Bitte geben Sie hier an, welche Anlagen diesem Antrag beiliegen. Alle mit *verpflichtend* gekennzeichneten Anlagen müssen beiliegen. Die anderen möglichen Anlagen sind einzelfallabhängig.

Das Votum der LAG wird vom Regionalmanagement beigefügt.

Bitte im ausgedruckten, fertig ausgefüllten Antrag händisch unterschreiben.



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin
276 03 _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

Allgemeine Erklärungen der antragstellenden Person/en

Ich erkenne/Wir erkennen die für die Förderung geltenden Rechtsgrundlagen und Vorschriften der Europäischen Union, des Bundes und der Länder Niedersachsen, Bremen und Hamburg sowie die nachstehenden Bestimmungen, von denen ich/wir Kenntnis genommen habe/n, für mich/uns als verbindlich an. Mir/Uns ist bekannt, dass diese Rechtsgrundlagen, Vorschriften und Merkblätter bei der Bewilligungsbehörde eingesehen werden können.

1. Mir/Uns ist bekannt, dass

1.1 die Erhebung der Angaben der Anträge und Anlagen sowie der mit den Anträgen eingereichten Unterlagen auf den einschlägigen Verordnungen
VO (EU) 2021/2115 (Strategieplan-Verordnung)
VO (EU) 2021/2116 (Horizontale Verordnung)
VO (EU) 2021/1060 (Dachverordnung)
VO (EU) 2022/128
VO (EU) 2022/129 (Informations- und Sichtbarkeitsvorschriften)
Nds. ELER-Fördergesetz (NEFG)
in der jeweils geltenden Fassung sowie auf diese ergänzenden oder ersetzenden Verordnungen und auf § 26 Absatz 2 Satz 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) i. V. m. § 1 des Nds. VwVfG in den jeweils geltenden Fassungen beruht, die Kenntnis der erbetenen Angaben der Überprüfung der Voraussetzungen für eine Zuschussgewährung dient oder für die Begleitung und Bewertung der Fördermaßnahme erforderlich ist und dass eine Berücksichtigung nur möglich ist, wenn die Angaben in den Antragsvordrucken enthalten sind.

1.2 von der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen (auch rückwirkend) angefordert werden können, die zur Beurteilung der Antragsangaben erforderlich sind, insbesondere zur Begleitung (Monitoring) und Bewertung (Evaluation).

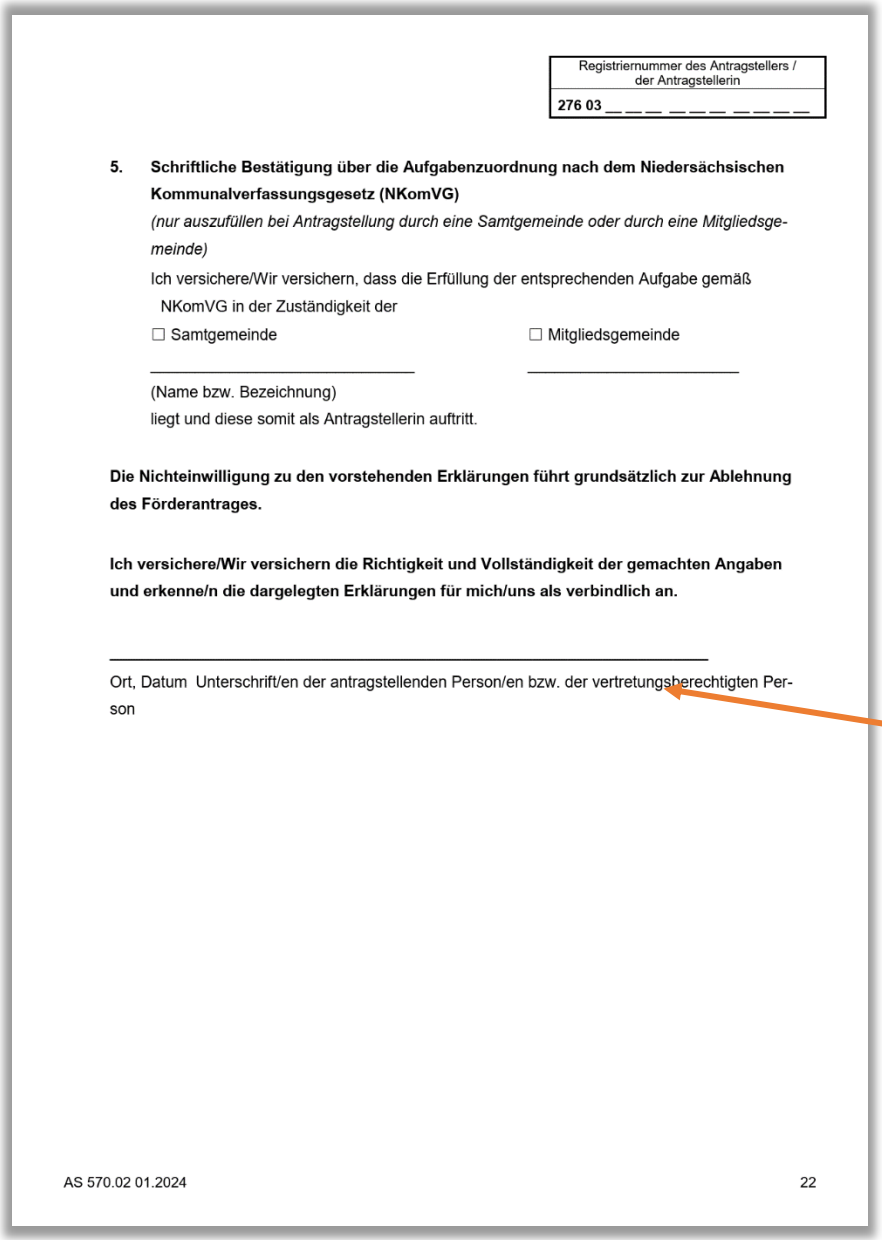
1.3 die zuständige Bewilligungsbehörde Auflagen auch nachträglich erteilen kann.

1.4 der gesamte Zahlungsverkehr (Zahlungen und ggf. Rückforderungen) auf bargeldlosem Wege erfolgt und die Annahme von Schecks ausgeschlossen ist.

1.5 ich/wir für die weitere Einhaltung der Verpflichtungen beim Übergang des Unternehmens (ganz oder teilweise) auf eine/n andere/n Nutzungsberechtigte/n während der Zeit der Verpflichtungsdauer verantwortlich bleibe/n, es sei denn, die Unternehmensnachfolge übernimmt

AS 570.02 01.2024 13

S. 13 bis 21 Bitte aufmerksam lesen



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin

276 03 _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

5. Schriftliche Bestätigung über die Aufgabenzuordnung nach dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

(nur auszufüllen bei Antragstellung durch eine Samtgemeinde oder durch eine Mitgliedsgemeinde)

Ich versichere/Wir versichern, dass die Erfüllung der entsprechenden Aufgabe gemäß NKomVG in der Zuständigkeit der

☐ Samtgemeinde ☐ Mitgliedsgemeinde

_____ _____

(Name bzw. Bezeichnung)

liegt und diese somit als Antragstellerin auftritt.

Die Nichteinwilligung zu den vorstehenden Erklärungen führt grundsätzlich zur Ablehnung des Förderantrages.

Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und erkenne/n die dargelegten Erklärungen für mich/uns als verbindlich an.

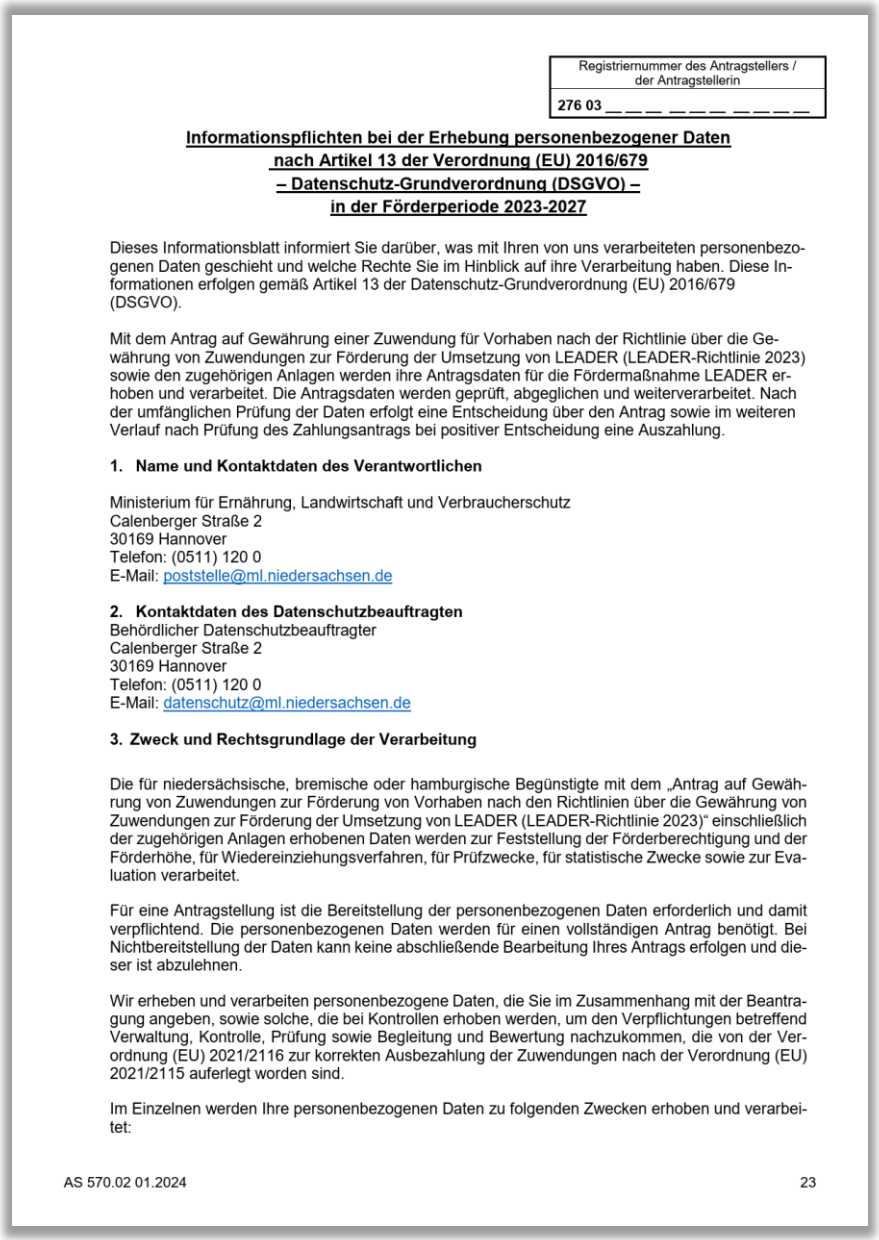
_____

Ort, Datum Unterschrift/en der antragstellenden Person/en bzw. der vertretungsberechtigten Person

AS 570.02 01.2024 22

Bitte aufmerksam lesen

Bitte im ausgedruckten, fertig ausgefüllten Antrag händisch unterschreiben.



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin
276 03 _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

Informationspflichten bei der Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13 der Verordnung (EU) 2016/679 – Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) – in der Förderperiode 2023-2027

Dieses Informationsblatt informiert Sie darüber, was mit Ihren von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten geschieht und welche Rechte Sie im Hinblick auf ihre Verarbeitung haben. Diese Informationen erfolgen gemäß Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 (DSGVO).

Mit dem Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für Vorhaben nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Umsetzung von LEADER (LEADER-Richtlinie 2023) sowie den zugehörigen Anlagen werden ihre Antragsdaten für die Fördermaßnahme LEADER erhoben und verarbeitet. Die Antragsdaten werden geprüft, abgeglichen und weiterverarbeitet. Nach der umfänglichen Prüfung der Daten erfolgt eine Entscheidung über den Antrag sowie im weiteren Verlauf nach Prüfung des Zahlungsantrags bei positiver Entscheidung eine Auszahlung.

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Calenberger Straße 2
30169 Hannover
Telefon: (0511) 120 0
E-Mail: poststelle@ml.niedersachsen.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Calenberger Straße 2
30169 Hannover
Telefon: (0511) 120 0
E-Mail: datenschutz@ml.niedersachsen.de

3. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die für niedersächsische, bremische oder hamburgische Begünstigte mit dem „Antrag auf Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Vorhaben nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Umsetzung von LEADER (LEADER-Richtlinie 2023)“ einschließlich der zugehörigen Anlagen erhobenen Daten werden zur Feststellung der Förderberechtigung und der Förderhöhe, für Wiedereinziehungsverfahren, für Prüfzwecke, für statistische Zwecke sowie zur Evaluation verarbeitet.

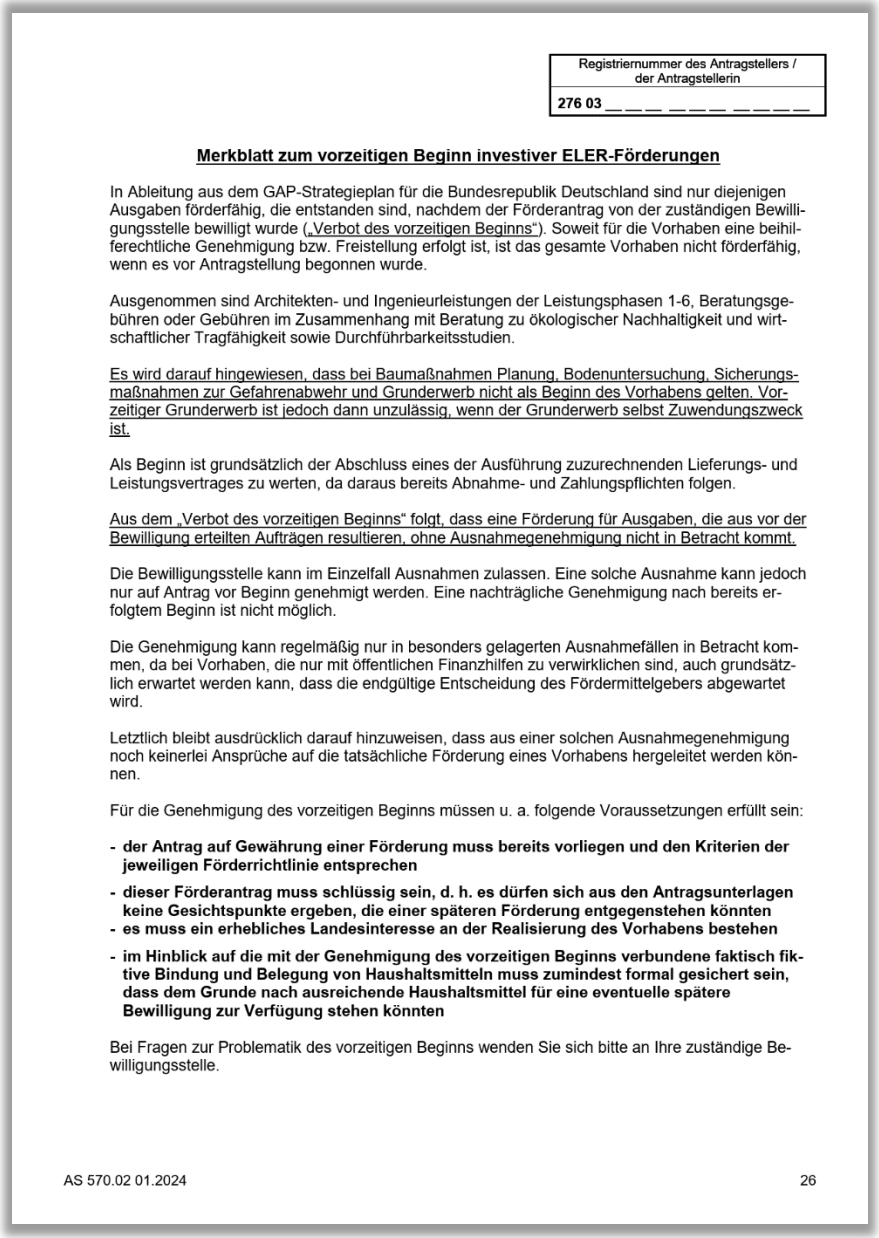
Für eine Antragstellung ist die Bereitstellung der personenbezogenen Daten erforderlich und damit verpflichtend. Die personenbezogenen Daten werden für einen vollständigen Antrag benötigt. Bei Nichtbereitstellung der Daten kann keine abschließende Bearbeitung Ihres Antrags erfolgen und dieser ist abzulehnen.

Wir erheben und verarbeiten personenbezogene Daten, die Sie im Zusammenhang mit der Beantragung angeben, sowie solche, die bei Kontrollen erhoben werden, um den Verpflichtungen betreffend Verwaltung, Kontrolle, Prüfung sowie Begleitung und Bewertung nachzukommen, die von der Verordnung (EU) 2021/2116 zur korrekten Ausbezahlung der Zuwendungen nach der Verordnung (EU) 2021/2115 auferlegt worden sind.

Im Einzelnen werden Ihre personenbezogenen Daten zu folgenden Zwecken erhoben und verarbeitet:

AS 570.02 01.2024 23

Merkblatt „Datenschutz“ (S.23-25) bitte aufmerksam lesen.



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin
276 03 ___ ___ ___ ___ ___

Merkblatt zum vorzeitigen Beginn investiver ELER-Förderungen

In Ableitung aus dem GAP-Strategieplan für die Bundesrepublik Deutschland sind nur diejenigen Ausgaben förderfähig, die entstanden sind, nachdem der Förderantrag von der zuständigen Bewilligungsstelle bewilligt wurde („Verbot des vorzeitigen Beginns"). Soweit für die Vorhaben eine beihilferechtliche Genehmigung bzw. Freistellung erfolgt ist, ist das gesamte Vorhaben nicht förderfähig, wenn es vor Antragstellung begonnen wurde.

Ausgenommen sind Architekten- und Ingenieurleistungen der Leistungsphasen 1-6, Beratungsgebühren oder Gebühren im Zusammenhang mit Beratung zu ökologischer Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Tragfähigkeit sowie Durchführbarkeitsstudien.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei Baumaßnahmen Planung, Bodenuntersuchung, Sicherungsmaßnahmen zur Gefahrenabwehr und Grunderwerb nicht als Beginn des Vorhabens gelten. Vorzeitiger Grunderwerb ist jedoch dann unzulässig, wenn der Grunderwerb selbst Zuwendungszweck ist.

Als Beginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten, da daraus bereits Abnahme- und Zahlungspflichten folgen.

Aus dem „Verbot des vorzeitigen Beginns" folgt, dass eine Förderung für Ausgaben, die aus vor der Bewilligung erteilten Aufträgen resultieren, ohne Ausnahmegenehmigung nicht in Betracht kommt.

Die Bewilligungsstelle kann im Einzelfall Ausnahmen zulassen. Eine solche Ausnahme kann jedoch nur auf Antrag vor Beginn genehmigt werden. Eine nachträgliche Genehmigung nach bereits erfolgtem Beginn ist nicht möglich.

Die Genehmigung kann regelmäßig nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen in Betracht kommen, da bei Vorhaben, die nur mit öffentlichen Finanzhilfen zu verwirklichen sind, auch grundsätzlich erwartet werden kann, dass die endgültige Entscheidung des Fördermittelgebers abgewartet wird.

Letztlich bleibt ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass aus einer solchen Ausnahmegenehmigung noch keinerlei Ansprüche auf die tatsächliche Förderung eines Vorhabens hergeleitet werden können.

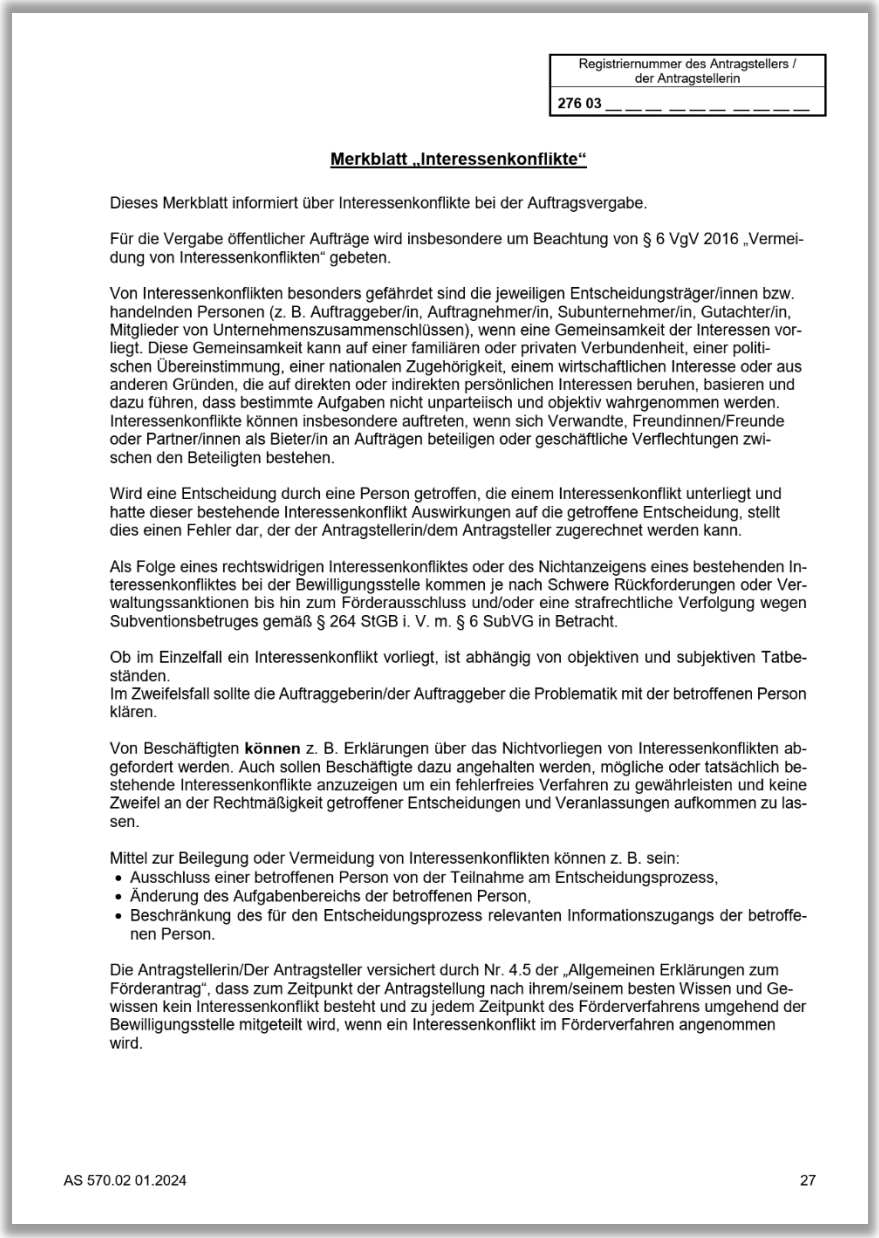
Für die Genehmigung des vorzeitigen Beginns müssen u. a. folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- **der Antrag auf Gewährung einer Förderung muss bereits vorliegen und den Kriterien der jeweiligen Förderrichtlinie entsprechen**
- **dieser Förderantrag muss schlüssig sein, d. h. es dürfen sich aus den Antragsunterlagen keine Gesichtspunkte ergeben, die einer späteren Förderung entgegenstehen könnten**
- **es muss ein erhebliches Landesinteresse an der Realisierung des Vorhabens bestehen**
- **im Hinblick auf die mit der Genehmigung des vorzeitigen Beginns verbundene faktisch fiktive Bindung und Belegung von Haushaltsmitteln muss zumindest formal gesichert sein, dass dem Grunde nach ausreichende Haushaltsmittel für eine eventuelle spätere Bewilligung zur Verfügung stehen könnten**

Bei Fragen zur Problematik des vorzeitigen Beginns wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Bewilligungsstelle.

AS 570.02 01.2024 26

Merkblatt „Vorzeitiger Maßnahmenbeginn" Bitte aufmerksam lesen



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin
276 03 _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

Merkblatt „Interessenkonflikte“

Dieses Merkblatt informiert über Interessenkonflikte bei der Auftragsvergabe.

Für die Vergabe öffentlicher Aufträge wird insbesondere um Beachtung von § 6 VgV 2016 „Vermeidung von Interessenkonflikten“ gebeten.

Von Interessenkonflikten besonders gefährdet sind die jeweiligen Entscheidungsträger/innen bzw. handelnden Personen (z. B. Auftraggeber/in, Auftragnehmer/in, Subunternehmer/in, Gutachter/in, Mitglieder von Unternehmenszusammenschlüssen), wenn eine Gemeinsamkeit der Interessen vorliegt. Diese Gemeinsamkeit kann auf einer familiären oder privaten Verbundenheit, einer politischen Übereinstimmung, einer nationalen Zugehörigkeit, einem wirtschaftlichen Interesse oder aus anderen Gründen, die auf direkten oder indirekten persönlichen Interessen beruhen, basieren und dazu führen, dass bestimmte Aufgaben nicht unparteiisch und objektiv wahrgenommen werden. Interessenkonflikte können insbesondere auftreten, wenn sich Verwandte, Freundinnen/Freunde oder Partner/innen als Bieter/in an Aufträgen beteiligen oder geschäftliche Verflechtungen zwischen den Beteiligten bestehen.

Wird eine Entscheidung durch eine Person getroffen, die einem Interessenkonflikt unterliegt und hatte dieser bestehende Interessenkonflikt Auswirkungen auf die getroffene Entscheidung, stellt dies einen Fehler dar, der der Antragstellerin/dem Antragsteller zugerechnet werden kann.

Als Folge eines rechtswidrigen Interessenkonfliktes oder des Nichtanzeigens eines bestehenden Interessenkonfliktes bei der Bewilligungsstelle kommen je nach Schwere Rückforderungen oder Verwaltungssanktionen bis hin zum Förderausschluss und/oder eine strafrechtliche Verfolgung wegen Subventionsbetruges gemäß § 264 StGB i. V. m. § 6 SubVG in Betracht.

Ob im Einzelfall ein Interessenkonflikt vorliegt, ist abhängig von objektiven und subjektiven Tatbeständen.
Im Zweifelsfall sollte die Auftraggeberin/der Auftraggeber die Problematik mit der betroffenen Person klären.

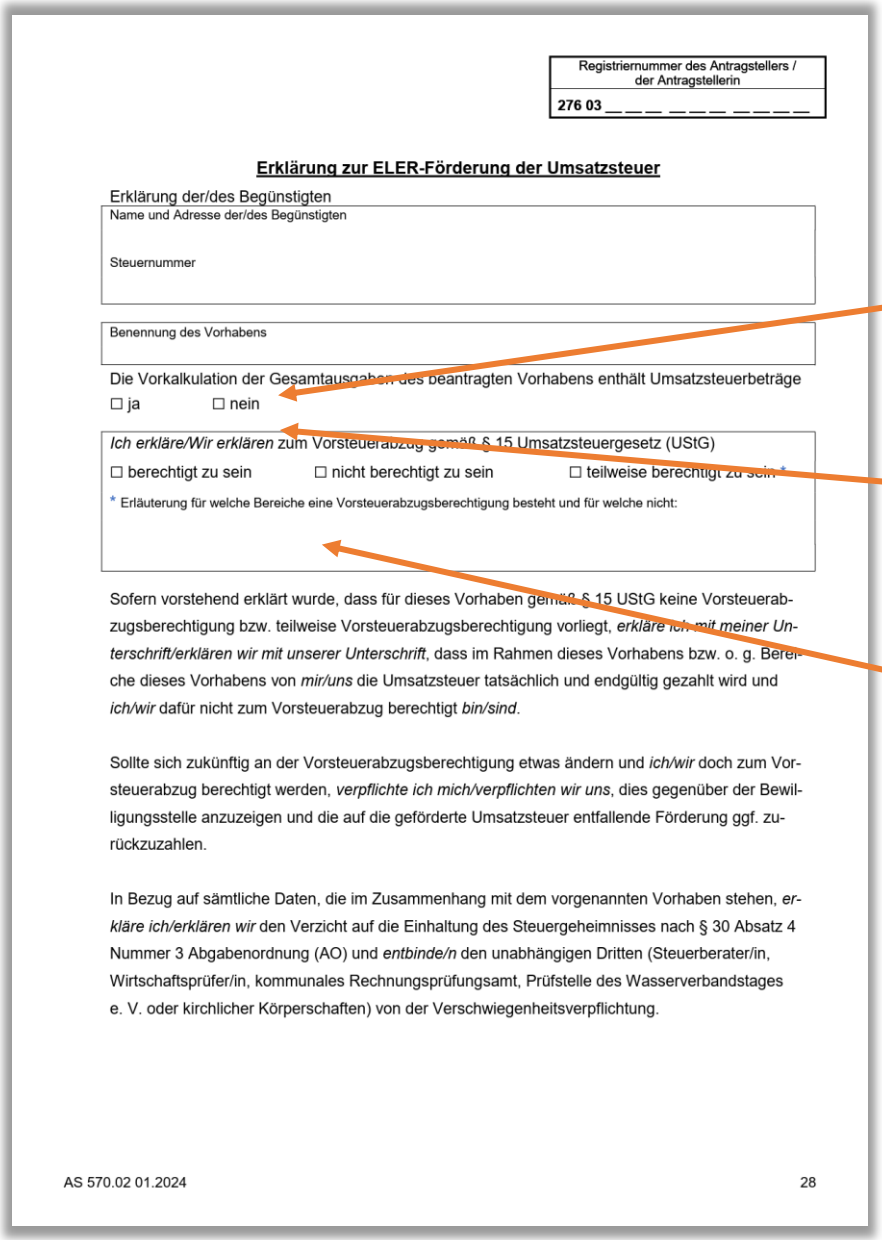
Von Beschäftigten **können** z. B. Erklärungen über das Nichtvorliegen von Interessenkonflikten abgefordert werden. Auch sollen Beschäftigte dazu angehalten werden, mögliche oder tatsächlich bestehende Interessenkonflikte anzuzeigen um ein fehlerfreies Verfahren zu gewährleisten und keine Zweifel an der Rechtmäßigkeit getroffener Entscheidungen und Veranlassungen aufkommen zu lassen.

Mittel zur Beilegung oder Vermeidung von Interessenkonflikten können z. B. sein:
- Ausschluss einer betroffenen Person von der Teilnahme am Entscheidungsprozess,
- Änderung des Aufgabenbereichs der betroffenen Person,
- Beschränkung des für den Entscheidungsprozess relevanten Informationszugangs der betroffenen Person.

Die Antragstellerin/Der Antragsteller versichert durch Nr. 4.5 der „Allgemeinen Erklärungen zum Förderantrag“, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung nach ihrem/seinem besten Wissen und Gewissen kein Interessenkonflikt besteht und zu jedem Zeitpunkt des Förderverfahrens umgehend der Bewilligungsstelle mitgeteilt wird, wenn ein Interessenkonflikt im Förderverfahren angenommen wird.

AS 570.02 01.2024 27

Merkblatt „Interessenkonflikte“ bitte aufmerksam lesen



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin
276 03 ___ ___ ___ ___ ___

Erklärung zur ELER-Förderung der Umsatzsteuer

Erklärung der/des Begünstigten

Name und Adresse der/des Begünstigten

Steuernummer

Benennung des Vorhabens

Die Vorkalkulation der Gesamtausgaben des beantragten Vorhabens enthält Umsatzsteuerbeträge
☐ ja ☐ nein

Ich erkläre/Wir erklären zum Vorsteuerabzug gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG)
☐ berechtigt zu sein ☐ nicht berechtigt zu sein ☐ teilweise berechtigt zu sein *

* Erläuterung für welche Bereiche eine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht und für welche nicht:

Sofern vorstehend erklärt wurde, dass für dieses Vorhaben gemäß § 15 UStG keine Vorsteuerabzugsberechtigung bzw. teilweise Vorsteuerabzugsberechtigung vorliegt, *erkläre ich/erklären wir mit meiner Unterschrift/erklären wir mit unserer Unterschrift*, dass im Rahmen dieses Vorhabens bzw. o. g. Bereiche dieses Vorhabens von *mir/uns* die Umsatzsteuer tatsächlich und endgültig gezahlt wird und *ich/wir* dafür nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt *bin/sind*.

Sollte sich zukünftig an der Vorsteuerabzugsberechtigung etwas ändern und *ich/wir* doch zum Vorsteuerabzug berechtigt werden, *verpflichte ich mich/verpflichten wir uns*, dies gegenüber der Bewilligungsstelle anzuzeigen und die auf die geförderte Umsatzsteuer entfallende Förderung ggf. zurückzuzahlen.

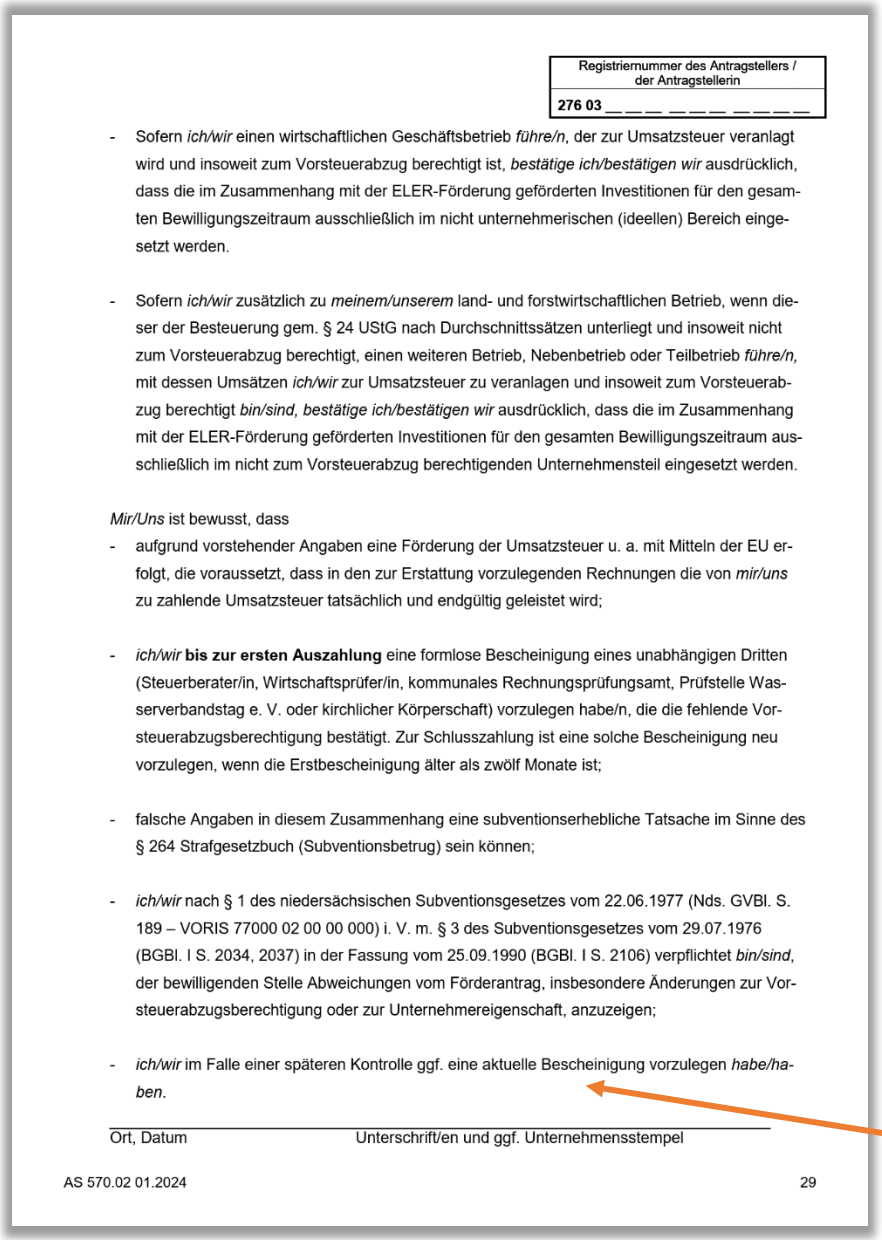
In Bezug auf sämtliche Daten, die im Zusammenhang mit dem vorgenannten Vorhaben stehen, *erkläre ich/erklären wir* den Verzicht auf die Einhaltung des Steuergeheimnisses nach § 30 Absatz 4 Nummer 3 Abgabenordnung (AO) und *entbinde/n* den unabhängigen Dritten (Steuerberater/in, Wirtschaftsprüfer/in, kommunales Rechnungsprüfungsamt, Prüfstelle des Wasserverbandstages e. V. oder kirchlicher Körperschaften) von der Verschwiegenheitsverpflichtung.

AS 570.02 01.2024 28

Die Förderung der Umsatzsteuer ist prinzipiell nur möglich, wenn Sie Vertreter einer Kommune / Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes sind. In diesem Fall enthält Ihre Vorkalkulation mit hoher Wahrscheinlichkeit Umsatzsteuerbeträge → Kreuzen Sie daher „Ja“ an.

Sie sind keine Gemeinde / Gemeindeverband? Dann darf Ihre Vorkalkulation auch keine Umsatzsteuerbeträge enthalten → Kreuzen Sie „nein“ an.

Bitte zutreffendes ankreuzen



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin
276 03 ___ ___ ___ ___ ___

- Sofern *ich/wir* einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb *führe/n*, der zur Umsatzsteuer veranlagt wird und insoweit zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, *bestätige ich/bestätigen wir* ausdrücklich, dass die im Zusammenhang mit der ELER-Förderung geförderten Investitionen für den gesamten Bewilligungszeitraum ausschließlich im nicht unternehmerischen (ideellen) Bereich eingesetzt werden.

- Sofern *ich/wir* zusätzlich zu *meinem/unserem* land- und forstwirtschaftlichen Betrieb, wenn dieser der Besteuerung gem. § 24 UStG nach Durchschnittssätzen unterliegt und insoweit nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt, einen weiteren Betrieb, Nebenbetrieb oder Teilbetrieb *führe/n,* mit dessen Umsätzen *ich/wir* zur Umsatzsteuer zu veranlagen und insoweit zum Vorsteuerabzug berechtigt *bin/sind, bestätige ich/bestätigen wir* ausdrücklich, dass die im Zusammenhang mit der ELER-Förderung geförderten Investitionen für den gesamten Bewilligungszeitraum ausschließlich im nicht zum Vorsteuerabzug berechtigenden Unternehmensteil eingesetzt werden.

Mir/Uns ist bewusst, dass

- aufgrund vorstehender Angaben eine Förderung der Umsatzsteuer u. a. mit Mitteln der EU erfolgt, die voraussetzt, dass in den zur Erstattung vorzulegenden Rechnungen die von *mir/uns* zu zahlende Umsatzsteuer tatsächlich und endgültig geleistet wird;

- *ich/wir* **bis zur ersten Auszahlung** eine formlose Bescheinigung eines unabhängigen Dritten (Steuerberater/in, Wirtschaftsprüfer/in, kommunales Rechnungsprüfungsamt, Prüfstelle Wasserverbandstag e. V. oder kirchlicher Körperschaft) vorzulegen habe/n, die die fehlende Vorsteuerabzugsberechtigung bestätigt. Zur Schlusszahlung ist eine solche Bescheinigung neu vorzulegen, wenn die Erstbescheinigung älter als zwölf Monate ist;

- falsche Angaben in diesem Zusammenhang eine subventionserhebliche Tatsache im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (Subventionsbetrug) sein können;

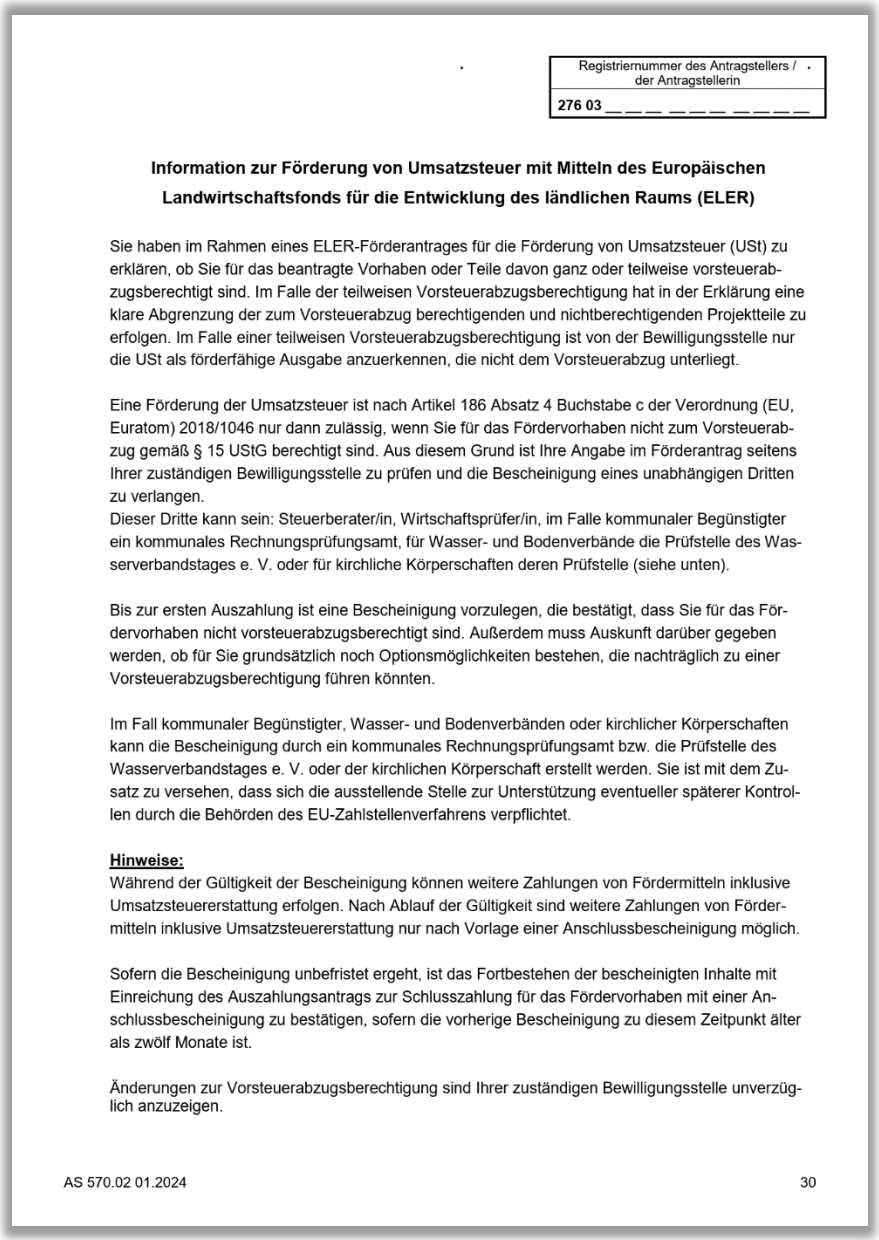
- *ich/wir* nach § 1 des niedersächsischen Subventionsgesetzes vom 22.06.1977 (Nds. GVBl. S. 189 – VORIS 77000 02 00 00 000) i. V. m. § 3 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2034, 2037) in der Fassung vom 25.09.1990 (BGBl. I S. 2106) verpflichtet *bin/sind*, der bewilligenden Stelle Abweichungen vom Förderantrag, insbesondere Änderungen zur Vorsteuerabzugsberechtigung oder zur Unternehmereigenschaft, anzuzeigen;

- *ich/wir* im Falle einer späteren Kontrolle ggf. eine aktuelle Bescheinigung vorzulegen *habe/haben*.

Ort, Datum Unterschrift/en und ggf. Unternehmensstempel

AS 570.02 01.2024 29

Bitte im ausgedruckten, fertig ausgefüllten Antrag händisch unterschreiben.



Registriernummer des Antragstellers / der Antragstellerin

276 03 _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

Information zur Förderung von Umsatzsteuer mit Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)

Sie haben im Rahmen eines ELER-Förderantrages für die Förderung von Umsatzsteuer (USt) zu erklären, ob Sie für das beantragte Vorhaben oder Teile davon ganz oder teilweise vorsteuerabzugsberechtigt sind. Im Falle der teilweisen Vorsteuerabzugsberechtigung hat in der Erklärung eine klare Abgrenzung der zum Vorsteuerabzug berechtigenden und nichtberechtigenden Projektteile zu erfolgen. Im Falle einer teilweisen Vorsteuerabzugsberechtigung ist von der Bewilligungsstelle nur die USt als förderfähige Ausgabe anzuerkennen, die nicht dem Vorsteuerabzug unterliegt.

Eine Förderung der Umsatzsteuer ist nach Artikel 186 Absatz 4 Buchstabe c der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 nur dann zulässig, wenn Sie für das Fördervorhaben nicht zum Vorsteuerabzug gemäß § 15 UStG berechtigt sind. Aus diesem Grund ist Ihre Angabe im Förderantrag seitens Ihrer zuständigen Bewilligungsstelle zu prüfen und die Bescheinigung eines unabhängigen Dritten zu verlangen.
Dieser Dritte kann sein: Steuerberater/in, Wirtschaftsprüfer/in, im Falle kommunaler Begünstigter ein kommunales Rechnungsprüfungsamt, für Wasser- und Bodenverbände die Prüfstelle des Wasserverbandstages e. V. oder für kirchliche Körperschaften deren Prüfstelle (siehe unten).

Bis zur ersten Auszahlung ist eine Bescheinigung vorzulegen, die bestätigt, dass Sie für das Fördervorhaben nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind. Außerdem muss Auskunft darüber gegeben werden, ob für Sie grundsätzlich noch Optionsmöglichkeiten bestehen, die nachträglich zu einer Vorsteuerabzugsberechtigung führen könnten.

Im Fall kommunaler Begünstigter, Wasser- und Bodenverbänden oder kirchlicher Körperschaften kann die Bescheinigung durch ein kommunales Rechnungsprüfungsamt bzw. die Prüfstelle des Wasserverbandstages e. V. oder der kirchlichen Körperschaft erstellt werden. Sie ist mit dem Zusatz zu versehen, dass sich die ausstellende Stelle zur Unterstützung eventueller späterer Kontrollen durch die Behörden des EU-Zahlstellenverfahrens verpflichtet.

Hinweise:
Während der Gültigkeit der Bescheinigung können weitere Zahlungen von Fördermitteln inklusive Umsatzsteuererstattung erfolgen. Nach Ablauf der Gültigkeit sind weitere Zahlungen von Fördermitteln inklusive Umsatzsteuererstattung nur nach Vorlage einer Anschlussbescheinigung möglich.

Sofern die Bescheinigung unbefristet ergeht, ist das Fortbestehen der bescheinigten Inhalte mit Einreichung des Auszahlungsantrags zur Schlusszahlung für das Fördervorhaben mit einer Anschlussbescheinigung zu bestätigen, sofern die vorherige Bescheinigung zu diesem Zeitpunkt älter als zwölf Monate ist.

Änderungen zur Vorsteuerabzugsberechtigung sind Ihrer zuständigen Bewilligungsstelle unverzüglich anzuzeigen.

AS 570.02 01.2024 30

Bitte aufmerksam lesen